



BONN INTERNATIONAL CENTER FOR CONVERSION

B · I · C · C

BONN INTERNATIONAL CENTER FOR CONVERSION • INTERNATIONALES KONVERSIONSZENTRUM BONN

paper 38

**Einbeziehung von  
Verteidigungs-  
haushalten  
in Public  
Expenditure  
Management**

*Kurzgutachten*

# **Kurzgutachten**

## **Einbeziehung von Verteidigungshaushalten in Public Expenditure Management**

### **Einschätzung der Situation in Äthiopien, Burundi, Kenia, Tansania und Uganda**

von Michael Brzoska (verantwortlich)  
Marc von Boemcken  
Wolf-Christian Paes  
Willem Jaspers (Assistenz)

**Im Auftrag der KfW-Entwicklungsbank**

Published by  
©BICC, Bonn 2004  
Bonn International Center for Conversion  
Director: Peter J. Croll  
An der Elisabethkirche 25  
D-53113 Bonn  
Germany  
Phone: +49-228-911960  
Fax: +49-228-241215  
E-mail: [bicc@bicc.de](mailto:bicc@bicc.de)  
Internet: [www.bicc.de](http://www.bicc.de)

## **Vorwort von der KfW**

Warum gibt die KfW Entwicklungsbank ein Gutachten zum Militärhaushalt in einigen ihrer Partnerländer in Auftrag, also zu einem Bereich, der eigentlich nicht zu den entwicklungspolitischen Handlungsfeldern im engeren Sinne und zudem zu den souveränen Kernaufgaben des Staates zählt? Diese Frage mag zunächst im Raum stehen. Die Antwort ist, dass Haushaltsmittel der Partnerländer fungibel sind und gleiches gilt für dorthin fließende Gelder der Entwicklungszusammenarbeit. Der Militärbereich kann daher aus Haushaltsfragen nicht ausgeklammert werden.

Auch die deutsche FZ muss sich so zunehmend mit Fragen der Angemessenheit der Militärausgaben und deren effizienter und transparenter Abwicklung beschäftigen. Dies gilt insbesondere bei der Durchführung von programmorientierten Gemeinschaftsfinanzierungen, die zum Teil eine Kofinanzierung des Haushaltes der Partnerländer darstellen. Auch aus entwicklungspolitischen Überlegungen wie Sicherheitssektorreform, Demokratieförderung und Korruptionsbekämpfung ist der Militärhaushalt zunehmend Teil des Dialogs mit den Partnern.

Das vorliegende Kurzgutachten bietet der KfW eine gute Informationsbasis zu den Militärhaushalten in den ausgewählten Ländern. Es schafft so die Voraussetzung, das Thema einzelfallabhängig zu vertiefen und ggf. im Dialog mit den Partnern und anderen Gebern weiter zu verfolgen. Bei der Erarbeitung wurde das BICC gebeten, für diesen ersten Überblick nur auf leicht zugängliche Quellen zurückzugreifen, um insbesondere auch die Kapazitäten der Partnerländer nicht strapazieren zu müssen.

Wir sind deswegen erfreut, wie viele Informationen das BICC angesichts der knappen Zeit und Ressourcen zusammentragen konnte. Das Kurzgutachten zeigt, dass die laufenden Reformbemühungen bei der Haushaltsplanung und -führung bislang nur unzureichend auf den Militärhaushalt ausgeweitet wurden. Hier sind noch in einigen Ländern Defizite festzustellen, die auf einen eindeutigen Handlungsbedarf hindeuten. Die Entwicklungszusammenarbeit kann hier im Rahmen der Förderung von good governance, transparenter Haushaltsführung und Sicherheitssektorreform antworten formulieren.

Die Schlussfolgerungen, die das BICC in dem Kurzgutachten zieht, spiegeln ausschließlich die Meinung der Autoren wider. Sie

bildeten jedoch eine wichtige Grundlage für die Diskussionen, die in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zum weiteren Vorgehen geführt wurden und zukünftig noch weiter geführt werden.

Dr. Hanns-Peter Neuhoff  
Bereichsleiter für Afrika, Nordafrika und Südamerika  
KfW-Entwicklungsbank

## Inhalt

<b>1. Einleitung</b> .....	<b>5</b>
<i>Public Expenditure Work</i> .....	5
<i>Militärausgaben</i> .....	7
<i>Länderkurzanalysen</i> .....	9
<b>2. Äthiopien</b> .....	<b>11</b>
<i>I. Allgemeine Informationen über den Militärsektor</i> .....	11
<i>II. Haushaltsplanung und -erstellung</i> .....	12
<i>III. Militärausgaben in der offiziellen nationalen und internationalen Berichterstattung</i> .....	13
<i>IV. Probleme der offiziellen Daten</i> .....	14
<i>V. Haushaltsumsetzung, Beschaffungen</i> .....	16
<i>VI. Haushaltskontrolle</i> .....	17
<i>VII. Eigene Einschätzung</i> .....	17
<b>3. Burundi</b> .....	<b>18</b>
<i>I. Allgemeine Informationen über den Militärsektor</i> .....	18
<i>II. Haushaltsplanung und -erstellung</i> .....	19
<i>III. Militärausgaben in der offiziellen nationalen und internationalen Berichterstattung</i> .....	20
<i>IV. Probleme der offiziellen Daten</i> .....	23
<i>V. Haushaltsumsetzung, Beschaffungen</i> .....	23
<i>VI. Haushaltskontrolle</i> .....	24
<i>VII. Eigene Einschätzungen</i> .....	24
<b>4. Kenia</b> .....	<b>25</b>
<i>I. Allgemeine Informationen über den Militärsektor</i> .....	25
<i>II. Haushaltsplanung und -umsetzung</i> .....	27
<i>III. Transparenz des Verteidigungsbudgets</i> .....	29
<i>IV. Probleme der offiziellen Daten zu Militärausgaben</i> .....	30
<i>V. Probleme bei der Umsetzung des Verteidigungsbudgets</i> .....	31
<b>Korruption</b> .....	<b>31</b>
<b>“Overspending”</b> .....	<b>31</b>
<b>Unbestätigte Ausgaben</b> .....	<b>31</b>
<b>Beschaffungsskandale</b> .....	<b>31</b>
<i>VI. Eigene Einschätzung</i> .....	32
<b>5. Tansania</b> .....	<b>33</b>
<i>I. Allgemeine Informationen über den Militärsektor</i> .....	33
<i>II. Haushaltsplanung und -umsetzung</i> .....	34
<i>III. Transparenz von Militärausgaben</i> .....	36

IV. Probleme bei der Umsetzung des Verteidigungsbudgets.....	38
Beschaffung.....	38
Unterfinanzierung.....	38
V. Eigene Einschätzung.....	39
<b>6. Uganda .....</b>	<b>39</b>
I. Allgemeine Informationen über den Militärssektor.....	39
II. Haushaltsplanung und -erstellung.....	42
III. Militärausgaben in der offiziellen nationalen und internationalen Berichterstattung.....	44
IV. Probleme der offiziellen Daten.....	45
V. Haushaltsumsetzung, Beschaffungen.....	46
VI. Haushaltskontrolle.....	48
VII. Eigene Einschätzungen .....	49
<b>7. Zusammenfassung und weiterführende Überlegungen ..</b>	<b>50</b>
Empfehlung weiterführender Untersuchungen.....	52
Prioritäten für Reform.....	53
Akteure.....	53
Empfehlungen für die deutsche EZ.....	56
<b>Ausgewählte Literatur.....</b>	<b>59</b>
<b>Tabellenanhang.....</b>	<b>63</b>

## Abkürzungsverzeichnis

ADF	Allied Democratic Forces (Uganda)
APCs	Armoured Personnel Carriers
BICC	Bonn International Center for Conversion
BIF	Burundi Franc
BIP	Bruttoinlandsprodukt
C&AG	Controller & Auditor General
CFAA	Country Financial Accountability Assessments
CPAR	Country Procurement Assessment Reviews
DFID	Department for International Development (Großbritannien)
DRK	Demokratische Republik Kongo
EPRDF	Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
FDD	Forces pour la Défense de la Democratie (Burundi)
FNL	Forces for National Liberation (Burundi)
FZ	Finanzielle Zusammenarbeit
GFSY	Government Finance Statistics Yearbook (Internationaler Währungsfond)
HIPC	Heavily Indebted Poor Countries
ICG	International Crisis Group
IEA	Institute for Economic Affairs (Nairobi/Kenia)
IFMS	Integrated Finance Management System
IISS	International Institute for Strategic Studies
IPRSP	Interim Poverty Reduction Strategy Paper
IWF	Internationaler Währungsfonds
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KES	Kenianische Schilling
LDU	Local Defence Units
LRA	Lord's Resistance Army (Uganda)
MTEF	Medium-Term Expenditure Framework
NAO	National Audit Office
NEC	National Enterprise Corporation (Uganda)
PEM	Public Expenditure Management
PEP	Public Expenditure Policy
PER	Public Expenditure Review
PEW	Public Expenditure Work
PRGF	Poverty Reduction Growth Facility
PRSP	Poverty Reduction Strategy Papers
ROSC	Review of Standards and Codes
SIPRI	Stockholm International Peace Research Institute
TI	Transparency International

TZS	Tansanische Schilling
UNDP	United Nations Development Programme
UNMEE	United Nations Mission in Ethiopia and Eritrea
UPDF	Ugandan People's Defence Force
US DOS	United States Department of State
UGX	Ugandische Schilling
WB	Weltbank

## 1. Einleitung

Die Beachtung von Prinzipien einer „guten“, d. h. transparenten, verantwortlichen und demokratisch verantworteten staatlichen Haushaltspolitik nimmt in der Entwicklungszusammenarbeit einen zunehmend wichtigen Platz ein. Ein wesentlicher Grund dafür ist die wachsende Bedeutung der Übertragung von Haushaltsmitteln an Empfängerländer der Entwicklungszusammenarbeit (EZ). Weltbank (WB) und Internationaler Währungsfonds (IWF) sind hier führend, aber auch die deutsche EZ, und damit auch die KfW als Durchführungsorganisation der Finanziellen Zusammenarbeit (FZ) sind daran beteiligt. Kofinanzierungen finden im Bereich der konzertierten Armutsbekämpfung auf der Grundlage von „Poverty Reduction Strategy Papers“ (PRSP) statt; indirekt auch durch Haushaltsentlastungen, etwa im Rahmen der Schuldenentlastung für besonders hoch verschuldete Länder (HPIC).

Ein Problembereich sind hierbei die Militärausgaben<sup>1</sup>. In den Haushaltsplänen vieler Staaten sind die Militärausgaben gar nicht, oder nur wenig disaggregiert beziffert. In einer Reihe von Studien ist für eine große Zahl von Ländern nachgezeichnet worden, dass die offiziell angegebenen Zahlen nicht den tatsächlichen Militärausgaben (gemessen an internationalen Standarddefinitionen) entsprechen.<sup>2</sup>

Aber nicht nur im Bereich der Militärausgaben bestehen in vielen Ländern Defizite einer guten Haushaltsführung. In den letzten Jahren sind viele Anstrengungen in Richtung auf verbesserte Haushaltsführung unternommen worden. Die wesentliche in diesem Kurzgutachten behandelte Frage ist, ob und wieweit dies in einer Gruppe von ostafrikanischen Ländern, nämlich Äthiopien, Burundi, Kenia, Tansania und Uganda, auf die Planung und Berichterstattung sowie die Kontrolle von Militärausgaben durchgeschlagen hat.

### *Public Expenditure Work*

WB und IWF haben, mit Unterstützung bilateraler Geber, eine Reihe von Instrumenten entwickelt, um die Haushaltsplanung, -

---

<sup>1</sup> In diesem Text wird kein Unterschied zwischen Militär- und Verteidigungsausgaben gemacht.

<sup>2</sup> Nicole Ball, *Economy and Security in the Third World*, Princeton, 1988; Michael Brzoska, „World Military Expenditures“, in Keith Hartley and Todd Sandler, *Handbook of Defense Economics*, Amsterdam, 1995.

durchführung und -kontrolle weltweit zu verbessern<sup>3</sup>. Wesentliche Elemente von internationalem "Public Expenditure Work" zur Unterstützung aber auch Kontrolle nationaler Haushalte sind a) Unterstützung für eine solide "Public Expenditure Policy" (PEP), in der die Regierung ihre Ausgaben im Hinblick auf effiziente Zielerreichung hin optimiert, und b) Unterstützung von "Public Expenditure Management", in dem die verschiedenen funktionellen Aspekte der Haushaltsplanung, -durchführung und -kontrolle in Übereinstimmung mit Prinzipien einer guten Haushaltsführung gebracht werden.

Zu einer guten PEP gehört unter anderem, dass die Ausgaben auf klar definierten und umgrenzten Sektorzielen und -plänen beruhen. Weiteres wesentliches Element ist, dass diese Pläne in geeigneten politischen Foren, vor allem dem nationalen Parlament, vorgelegt und diskutiert werden. Sie sollten auch der breiten Öffentlichkeit zugänglich sein. Zur Bewertung einer PEP gehören unter anderem die Fragen, ob die sektorale Zuweisung von Finanzmitteln mit den Gesamtzielen der Regierung vereinbar und in Hinblick auf die Zielerreichung effizient ist sowie ob die Allokation von öffentlichen Mitteln innerhalb von Sektoren/Ministerien zieladäquat und effizient ist.<sup>4</sup>

Ziel des PEM ist die effiziente, transparente und zielorientierte Umsetzung der politischen Entscheidungen in Haushaltspläne, -durchführung und -kontrolle. WB und IWF haben, auf der Grundlage von 'good practice' in einer Reihe von Staaten sowie Vorschlägen aus der Finanzwissenschaft Grundsätze für gute Haushaltsführung entwickelt und kodifiziert.<sup>5</sup> Zu diesen Grundsätzen gehören unter anderem:

- Vollständigkeit (alle Staatseinnahmen und -ausgaben in einem Zusammenhang),
- Nachhaltigkeit (Ausgaben und Einnahmen müssen mittelfristig im Gleichgewicht sein),
- Konkurrenz zwischen Ausgabenkategorien (Entscheidungen über die Allokation von Ausgaben innerhalb des Haushalts sind gut begründet),

---

<sup>3</sup> Richard Allen, Salvatore Schiavo-Campo und Thomas Columkill Garrity, *Assessing and Reforming Public Financial Management A New Approach*, World Bank, Washington, 2004.

<sup>4</sup> Präsentation von Sanjay Pradhan, WB, zu PEW während des InWent/BMZ workshops "Bringing Defense Expenditures into Public Expenditure Work", Bonn 9./10. Februar 2004.

<sup>5</sup> <http://www1.worldbank.org/publicsector/pe/index.cfm>; International Monetary Fund, *Code of Good Practices on Fiscal Transparency*, <http://www.imf.org/external/np/fad/trans/code.htm>.

- Transparenz (über Einnahmen und Ausgaben muss zeitnah informiert werden),
- Überprüfung mit Folgen (*accountability*, ineffiziente und ungeplante Verausgaben von Mitteln wird bestraft).

Auf der Basis der Grundsätze guter Haushaltsführung sind von WB und IWF eine Reihe von Instrumenten zur Messung und Beurteilung von Haushaltsplanung, -durchführung und -kontrolle entwickelt worden. Zu diesen gehören:

- Public Expenditure Reviews (PER)
- Country Financial Accountability Assessments (CFAA)
- Country Procurement Assessment Reviews (CPAR)
- Medium-Term Expenditure Frameworks (MTEF)
- Review of Standards and Codes (ROSC)
- Public Expenditure Tracking Surveys (PETS)
- Institutional and Governance Reviews (IGR).

#### *Militärausgaben*

WB und IWF sehen in keinem der von ihnen eingeführten Instrumente für eine gute Haushaltsführung Ausnahmen für den militärischen Bereich vor. Militärausgaben sollen genauso behandelt werden wie die Ausgaben für andere Zwecke auch. Genau wie in anderen Bereichen auch sind die grundlegenden Prinzipien von PEW zu beachten. Einschränkungen bestimmter Regeln, etwa zur Transparenz, sind so gering wie möglich zu halten.<sup>6</sup>

Die Praxis der Berichterstattung über Militärausgaben weicht jedoch von dieser Forderung häufig ab. Das betrifft sowohl die Erfassung und Darstellung von Militärausgaben in nationalen Haushaltsplänen als auch die Berichterstattung gegenüber internationalen Organisationen wie WB, IWF und Vereinte Nationen. Zu den Problemen nationaler Haushaltpläne gehören:

- Militärausgaben werden nur in hoch aggregierter Form dargestellt (gelegentlich nur in einer Zahl),
- Die Abgrenzung der im Haushalt dargestellten Militärausgaben entspricht nicht internationalen Definitionen von Militärausgaben,

---

<sup>6</sup> Nicole Ball and Malcolm Holmes, *Integrating Defense into Public Expenditure Work*. Paper commissioned by UK Department for International Development, 11. Januar 2001, <http://www.grc-exchange.org/docs/SS11.pdf>.

- Es gibt außerbudgetäre Fonds für Einnahmen und Ausgaben von Streitkräften.

Angaben zu den Militärausgaben in den nationalen Haushaltsplänen (und anderen relevanten statistischen Dokumenten) sind die wichtigste Quelle für Informationen für Militärausgaben für alle Interessierten, im jeweiligen Land und anderswo. WB und IWF haben, z. B. im Rahmen von „Artikel 5“ Konsultation und im Rahmen der Kreditvergabe, die Möglichkeit, weitere Informationen vor Ort zu sammeln. Insbesondere der IWF tut dies auch, die hieraus gewonnenen Daten veröffentlicht der IWF jedoch, im Gegensatz zu den Angaben, die die jeweiligen Regierungen an den IWF direkt übermitteln, nicht.<sup>7</sup> Die Vereinten Nationen haben Anfang der 1980er Jahre alle Staaten zur Berichterstattung ihrer Militärausgaben in einem einheitlichen Format aufgerufen, allerdings kommt nur eine Minderheit der Staaten dieser Aufforderung nach.<sup>8</sup>

Die Angaben von Regierungen und die Meldungen an internationale Organisationen werden von einer kleinen Zahl von Organisationen für international vergleichbare Datensätze der weltweiten Militärausgaben zusammengefasst. Zu diesen Organisationen gehört das US-amerikanische Außenministerium (US DOS), das, allerdings in unregelmäßigen Abständen, Zahlen zu den weltweiten Militärausgaben in verschiedenen Formaten der Öffentlichkeit zugänglich macht. Die am leichtesten zugängliche Form der Veröffentlichung sind die *World Military Expenditures and Arms Trade*, die allerdings zuletzt im Jahre 2002 herausgegeben wurden. Weitere Organisationen, die eigenständig Daten zu Militärausgaben sammeln, sind das Institut für Internationale Strategische Studien (IISS) und das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI. Einige Organisationen, wie das *Yaffee Center* in Israel und das *Institute for Defence Studies and Analysis* in Indien veröffentlichen Daten für einzelne Weltregionen. Das Bonner Internationale Konversionszentrum BICC führt eine Datenbank auf der Grundlage der genannten Quellen.

Die genannten internationalen Quellen stimmen gelegentlich in den Angaben zu den Militärausgaben einzelner Staaten überein, häufiger aber sind Abweichungen. Für diese Abweichungen gibt es viele Erklärungen, von der Wahl unterschiedlicher Basisjahre

---

<sup>7</sup> Die am leichtesten zugängliche Quelle für diese Daten ist das *Government Finance Statistics Yearbook* des IWF (GFSY).

<sup>8</sup> Dem *Reporting System on Military Expenditures* der Vereinten Nationen haben für das Jahr 2002 85 Staaten Daten geliefert. Die in diesem Kurzgutachten betrachteten Staaten haben im gesamten Zeitraum, in dem dieses Instrument verfügbar war (seit 1981), keine Informationen übermittelt; <http://disarmament2.un.org/cab/milex.html>.

für die Deflation von nationalen Angaben und für die Wechselkursumrechnung, bis hin zu unterschiedlichen Verfahren bei der Umrechnung von Haushaltsjahren in Kalenderjahre. Insbesondere SIPRI und ACDA bemühen sich jedoch auch darum, Daten entsprechend einer einheitlichen Definition von Militärausgaben zu erstellen, wobei SIPRI die Definition der NATO zugrunde legt, das State Department die der Vereinten Nationen.<sup>9</sup>

#### *Länderkurzanalysen*

In den folgenden Länderkurzdarstellungen werden vorhandene Informationen zu Defiziten in der Planung, Umsetzung und Kontrolle der Militärausgaben der ostafrikanischen Länder Äthiopien, Burundi, Kenia, Tansania und Uganda dargestellt. Von besonderem Interesse ist dabei:

- wie hoch die Belastung der nationalen Haushalte und Wirtschaften durch Militärausgaben ist,
- inwieweit die Grundsätze des PEW Berücksichtigung finden,
- welche der genannten Instrumente von PEW auf die Militärausgaben Anwendung finden,
- wie ausgeprägt Probleme mangelhafter Planung, Transparenz und Kontrolle der Militärausgaben sind.

Für diese Länderkurzdarstellungen wurde eine Vielzahl von relativ leicht verfügbaren nationalen und internationalen Dokumenten und Darstellungen ausgewertet. Eine wichtige Quelle war eine von SIPRI herausgegebene Studie.<sup>10</sup>

In den Länderkurzdarstellungen werden zunächst allgemeine Informationen über den Militärssektor, insbesondere zum Umfang und zur Bedeutung von Streitkräften und Militärausgaben gegeben. Es folgen, soweit Informationen hierfür gefunden werden konnten, knappe Darstellungen der Berücksichtigung der Militärausgaben in der Budgeterstellung, zur offiziellen Berichterstattung über Militärausgaben, zu Problemen der offiziellen Daten, zur Budgetumsetzung und zu Kontrollsystemen (Rechnungsprüfung). Die Darstellung orientiert sich am Haushaltszyklus, von der Haushaltsplanung und -aufstellung über die Haushaltsdarstellung und -durchführung bis zur Kontrolle. Wesentliche Kriterien der Betrachtung sind:

---

<sup>9</sup> Zu den Unterschieden, z. B. in der Erfassung der Pensionen ehemaliger Soldaten vgl. z. B. Brzoska, op cit.

<sup>10</sup> Wuyi Omitoogun, *Military Expenditure Data in Africa: A Survey of Cameroon, Ethiopia, Ghana, Kenya, Nigeria and Uganda*, Oxford, 2003.

1. in der Haushaltsplanung und -aufstellung vornehmlich, ob es eine ziel- und programmorientierte Planung überhaupt gibt und inwieweit daran außer den Streitkräften und dem Verteidigungsministerium selber auch das Finanzministerium, die gesamte Regierung, das Parlament und die interessierte Öffentlichkeit beteiligt sind;
2. in der Phase der Haushaltsdarstellung und -durchführung die zentralen Grundsätze des PEM, insbesondere:<sup>11</sup>
  - Vollständigkeit der Haushaltsdarstellung (keine Schattenhaushalte),
  - Haushaltsdisziplin (Finanzierbarkeit, Effizienz),
  - Legitimität (Primat politischer Entscheidungsträger, Einhaltung allgemeiner rechtlicher Vorgaben),
  - Gleichbehandlung aller Sektoren, einschließlich Verteidigung,
  - Transparenz (Verfügbarkeit von Informationen),
  - Rechnungslegung und -kontrolle (*accountability*).
3. für die Haushaltskontrolle, inwieweit das Verteidigungsministerium, das Parlament und ein unabhängiger Rechnungshof, soweit vorhanden, das Mandat, die tatsächliche personelle und fachliche Kapazität und auch das politische Gewicht haben, die sachgerechte Verausgabung der geplanten Mittel zu überprüfen.

Die Länderkurzdarstellungen schließen mit subjektiven Einschätzungen der Bearbeiter zu den Fragen, ob Intransparenz und Defizite der Entscheidungsfindung und Kontrolle über Militärausgaben ein für die FZ für dieses Land relevantes Problem darstellen.

Die Kurzstudie wird durch einen knappen Vergleich der Ergebnisse für die fünf Länder und die Skizzierung weitergehenden Analysebedarfs abgeschlossen. Außerdem werden Optionen für das weitere Vorgehen deutscher Institutionen der EZ in der Frage der verstärkten Einbeziehung von Militärausgaben in PEM skizziert.

Ein Anhang enthält Tabellen mit Angaben zu Militärausgaben aus verschiedenen Quellen, zu Rüstungsimporten und zu Streitkräften.

---

<sup>11</sup> Siehe hierzu Ball und Holmes, op. cit., S. 5.

## 2. Äthiopien

### 1. Allgemeine Informationen über den Militärsektor

Äthiopien hatte auch im Jahre 2003 noch die zahlenmäßig zweitgrößten Streitkräfte in Afrika (nach Ägypten) und gehörte zu den Ländern mit den höchsten Militärausgaben, obwohl seit dem Ende des Krieges mit Eritrea 1998-2000 die Streitkräfte erheblich abgebaut und die Militärausgaben deutlich gesenkt worden sind (siehe Anhang I).

Gemessen an Bruttosozialprodukt und Staatshaushalt liegen die Militärausgaben Äthiopiens weit über dem Durchschnitt des Kontinents (siehe Tabelle 1, 2 und 3 in Anhang I). Während des Krieges mit Eritrea wurden nach offiziellen Angaben 39 Prozent des Staatshaushalts und 13 Prozent des Bruttosozialprodukts (Finanzjahr 1999/2000) für die Streitkräfte aufgewandt, diese Anteile waren im Finanzjahr 2002/2003 auf 11,4 und 4,1 Prozent gefallen.<sup>12</sup>

Die Verminderung der Militärausgaben seit dem Ende des Krieges mit Eritrea wird in einer Reihe von Dokumenten als eine wichtige Voraussetzung für eine Haushaltspolitik Äthiopiens erwähnt, mit der die Bekämpfung von Armut und Unterentwicklung vorangetrieben werden kann. Im Letter of Intent zur *Poverty Reduction Growth Facility* (PRGF) vom 19. August 2002 kündigt die äthiopische Regierung für den Zeitraum 2001/2002 und 2003/2004 die Reallokation von Haushaltsmitteln von der Verteidigung zur Armutsreduzierung an (para 5). Im *Joint Staff Assessment* von IDA und IWF des PRSP vom 27. August 2002 wird festgestellt: „Die Allokation von Budgetmitteln, die im PRSP vorgeschlagen wird, führt den 2000/2001 begonnenen Trend der Reallokation von Ausgaben für Verteidigung auf Ausgaben zur Armutsreduzierung fort... Verteidigungsausgaben sollen von 13,2 Prozent des Bruttosozialprodukts in 1999/2000 auf 4,3 Prozent in 2004/2005 fallen...“ (para. 23). Im *Memorandum of Economic and Financial Policies* (MEFP), das dem Letter of Intent der Regierung von Äthiopien im Rahmen der PRGF vom 22. Juli 2003 angehängt ist, heißt es: „Auf der Ausgabenseite folgt die Regierung weiterhin einer vorsichtigen Ausgabenpolitik, während gleichzeitig jede Anstrengung gemacht wird, die Ausgaben zur Verminderung der Armut zu erhöhen... Verteidigungsausgaben wurden auf 5,3 Prozent des Bruttosozialprodukts begrenzt...“ (para. 8). Im *PRSP Annual Report* der äthiopischen Regierung vom

---

<sup>12</sup> Federal Republic of Ethiopia, *Poverty Reduction Strategy Paper, Annual Progress Report*, Dezember 2003, S. 10.

Februar 2004 wird angekündigt, dass die Verteidigungsausgaben bis 2005/2006 auf dem nominellen Niveau von 2002/2003 in Höhe von 2,4 Mrd. Birr gehalten werden sollen, und damit real sinken würden. Der Anteil am Bruttosozialprodukt könnte, wenn diese Pläne umgesetzt werden, je nach erwarteter Wachstumsrate des BSP auf 2,8 (Beste Schätzung) bis 3,6 Prozent (Basisschätzung) sinken.<sup>13</sup>

Dieser weitere Rückgang der im regionalen Vergleich immer noch hohen Militärausgaben ist allerdings von der Entwicklung der politischen Lage abhängig. Die Konfrontation mit Eritrea hat sich wieder verschärft. Äthiopien hat die Demarkation der äthiopisch-eritreischen Grenze, so wie sie von einer Schiedskommission am 13.3.2002 festgelegt wurde, entgegen dem Abkommen von Algier nicht anerkannt. Die Kommission spricht die Siedlung Badme, deren strittige territoriale Zugehörigkeit Hauptanlass des Krieges war, Eritrea zu. Eritrea besteht auf der Umsetzung der Vereinbarungen. Die Grenze und eine 25 km breite temporäre Sicherheitszone wird von mehr als 4.000 Soldaten der UNMEE (United Nations Mission in Ethiopia and Eritrea, [www.unmeeonline.org](http://www.unmeeonline.org)) gesichert. Im Ogaden und Oromo operieren Gruppen, die die Unabhängigkeit von der Zentralregierung mit Gewalt anstreben und mit denen sich die äthiopischen Streitkräfte gelegentlich kleinere militärische Auseinandersetzungen liefern. Äthiopien hat sich außerdem mehrfach, auch mit Truppen, in Somalia eingemischt.

Auffällig ist die hohe Personalstärke der äthiopischen Streitkräfte. Die Ausrüstung, insbesondere der Luftwaffe, ist unmittelbar vor dem Krieg mit Eritrea deutlich modernisiert worden. Abgesehen davon verfügen die Streitkräfte jedoch überwiegend über altes Gerät aus den Tagen des Kalten Krieges.

Die Streitkräfte, die aus verschiedenen, in der *Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front* (EPRDF) vereinten Guerillaverbänden hervorgegangen sind, sind eine wichtige Stütze der Regierung. Sie sind in die politische Entscheidungsfindung einbezogen, ohne diese zu dominieren. Ministerpräsident Meles Zenawi, der starke Mann Äthiopiens, war einer der militärischen Führer der Guerilla.

## *II. Haushaltsplanung und -erstellung*

Nach Einschätzung einer Gruppe von Gebern unter Führung der Weltbank hat Äthiopien in den letzten Jahren erhebliche

---

<sup>13</sup> The Federal Democratic Republic of Ethiopia, *Poverty Reduction Strategy Paper Annual Progress Report*, Februar 2004, IMF Country Report No. 04/37, S. 51.

Fortschritte in der Haushaltsplanung und -umsetzung gemacht.<sup>14</sup> Allerdings bestünden weiterhin Defizite vor allem bei der umfassenden Darstellung aller öffentlichen Mittel und bei der mittelfristigen Finanzplanung der nicht-investiven Ausgaben.<sup>15</sup> Im *Country Financial Accountability Assessment (CFAA)* von 2003 wird ein umfangreicher Arbeitsplan zum Abbau dieser Defizite präsentiert.

Aus diesem Dokument geht allerdings nicht hervor, ob diese insgesamt positiven Aussagen über PEW in Äthiopien auch für die Verteidigungsplanung gelten. (Im gesamten Dokument wird der Militärhaushalt nicht erwähnt, unter den vielen für den Bericht interviewten Offiziellen war kein Vertreter aus dem Ministerium für Nationale Verteidigung.)

Die Proklamation 57/1996 weist das Ministerium für Finanzen und wirtschaftliche Entwicklung an, ein Format für die jährlichen Haushaltsanmeldungen zu erstellen und Obergrenzen für die einzelnen Budgets festzusetzen.<sup>16</sup> Das Ministerium für Finanzen und wirtschaftliche Entwicklung scheint diese Rolle auch gegenüber dem Ministerium für Nationale Verteidigung wahrzunehmen.

Das äthiopische Parlament, die *People's Assembly*, hat einen Ausschuss für Haushalt und Finanzen sowie einen Verteidigungsausschuss und beschließt die Haushaltsvorlage der Regierung.

Die Personalausgaben machen einen hohen Anteil an den äthiopischen Militärausgaben aus. Diese Beobachtung legt nahe, dass der Haushaltsplanung im wesentlichen die Berechnung der erwarteten Personalkosten und entsprechender Betriebskosten zu Grunde liegt. Ob auch die Beschaffungskosten für neue Waffen, die in der Regel vermutlich gering sind, im zeitlichen Umfeld des Krieges mit Eritrea aber in die Höhe schnellten, ebenfalls im Haushaltsplan enthalten sind, ist unklar (siehe unten). Es konnten auch keine Hinweise darauf gefunden werden, dass eine umfassende Verteidigungsplanung stattfindet.

### *III. Militärausgaben in der offiziellen nationalen und internationalen Berichterstattung*

Selbst während der Zeit der sozialistischen Regierung unter Mengistu Haile Mariam hat die äthiopische Regierung Zahlen zu

---

<sup>14</sup> *Ethiopia Country Financial Accountability Assessment, A collaborative Exercise by the Federal Government of Ethiopia and a Multi-Donor Task Team, World Bank Report No. 26092-ET, 17. Juni 2003.*

<sup>15</sup> Ebenda, S. 5.

<sup>16</sup> Ethiopia CFAA, S. 18.

Militärausgaben veröffentlicht. Allerdings waren die Angaben nicht sehr detailliert, und es sind Zweifel daran angebracht, dass tatsächlich alle relevanten Ausgaben einbezogen werden (siehe unten).

Der in der *Federal Negarit Gazeta* veröffentlichte jährliche Haushaltsplan enthält eine Gesamtzahl für die Ausgaben des zuständigen Verteidigungsministeriums, sowie einige wenige Unterkategorien.<sup>17</sup> Die offizielle Gesamtzahl für die geplanten und tatsächlichen Militärausgaben wird auch in einigen anderen Datenquellen, so den *Statistical Abstracts* und dem *Annual Report of the National Bank of Ethiopia*, veröffentlicht, zumindest in letzterer Quelle allerdings in der größeren Kategorie der *General Services* ([www.nbe.gov.et/hostedwebs/nbeth/NBEPublications/Annualnew\\_Index.htm](http://www.nbe.gov.et/hostedwebs/nbeth/NBEPublications/Annualnew_Index.htm)) enthalten. Die Angaben in den verschiedenen nationalen Quellen sind auch über längere Zeiträume weitestgehend identisch, unter Berücksichtigung des Umstandes, dass einige Angaben Haushaltspläne und andere tatsächliche Ausgaben betreffen.

Äthiopien hat auch, mit einigen Lücken, über viele Jahre Angaben zu den Militärausgaben an den Internationalen Währungsfonds gemacht (siehe Tabelle I, Quelle GFSY).

Auch die wesentlichen internationalen Dokumente zu Entwicklungsplanung und internationaler Entwicklungszusammenarbeit der letzten Jahre enthalten Angaben zur Gesamtsumme der äthiopischen Militärausgaben. Hierzu gehören insbesondere die im Rahmen des PRSP Prozesses erstellten *Letters of Intents* der äthiopischen Regierung sowie die angehängten MEFP, das *Joint Staff Assessment* von IDA und IMF zum PRSP vom 27. August 2002 und die im Rahmen der HIPC (*Highly Indebted Poor Countries*) erstellten Dokumente.

Die Angaben in diesen internationalen Dokumenten sind identisch. Sie beruhen offensichtlich alle auf derselben Grundquelle, mit großer Wahrscheinlichkeit den zwischen dem Ministerium für Finanzen, der Nationalbank von Äthiopien und dem Internationalen Währungsfonds abgestimmten Zahlen zu der Gesamtsumme der äthiopischen Militärausgaben.

#### *IV. Probleme der offiziellen Daten*

Die weitgehend einheitliche Darstellung der äthiopischen Militärausgaben in offiziellen nationalen Datenquellen und in Dokumenten der Entwicklungszusammenarbeit legt die

---

<sup>17</sup> Omitoogun, S. 37.

Schlussfolgerung nahe, dass die vorhandenen Angaben einen hohen Grad an Zuverlässigkeit haben.

Diese Schlussfolgerung muss jedoch qualifiziert werden:

- Die Angaben internationaler unabhängiger Quellen zu den äthiopischen Militärausgaben weichen voneinander ab. Wenn auch nicht klar ist, welche Korrekturen durch die Institutionen vorgenommen wurden, sind offensichtlich Zweifel an der offiziellen Gesamtzahl vorhanden (siehe Tabelle I). In einigen Fällen kann zwar nicht ausgeschlossen werden, dass falsche Zahlen, z. B. zu den *General Services* übernommen wurden, dennoch überraschen, angesichts der Einheitlichkeit der äthiopischen Zahlen, die Unterschiede der Angaben in den internationalen Quellen.
- Omitoogun, der die äthiopischen Quellen über einen längeren Zeitraum untersucht hat, kommt zu dem Schluss, dass die Qualität der Daten in den 1990er Jahren, insbesondere seit 1995, gesunken ist. Er sieht den Hauptgrund für diesen Trend darin, dass die internationalen Finanzinstitutionen zunehmend darauf gedrängt hätten, die Militärausgaben möglichst gering zu halten. Allerdings benennt er darüber hinaus keine Details und betrachtet auch nur den Zeitraum bis 2001, das heißt vor den jüngsten Verbesserungen im PEM.<sup>18</sup>
- Die Zahlen für den Import von Rüstungswaren sind mit den Angaben zu den äthiopischen Militärausgaben nicht vereinbar. Das gilt vor allem für die Jahre mit hohen Rüstungsimporten. Nach übereinstimmenden Angaben verschiedener Quellen (siehe Anhang I) wurden zwischen 1997 und 2000 in einem Umfang von etwa 500 Millionen US\$ Waffen importiert. Die Angaben für die Militärausgaben stiegen zwar in diesem Zeitraum auch, allerdings dürfte dieser Anstieg allein durch die Erhöhung der Zahl der Soldaten verursacht worden sein. Diese Schlussfolgerung legt jedenfalls die relativ konstanten Ausgaben pro Soldat über einen längeren Zeitraum nahe. Die Importe, weit überwiegend aus Osteuropa, dürften außerhalb des Militärbudgets durch Kredite finanziert worden sein.

Die vorliegenden Informationen legen nahe zu vermuten, dass die offiziellen Militärausgaben die Angaben zu Personal- und Betriebsausgaben der Streitkräfte verlässlich widerspiegeln, dies jedoch für die Beschaffungsausgaben in Frage gestellt werden muss.

Regulation 17/1997 schreibt vor, dass der jährliche Haushaltsplan alle Ausgaben enthalten muss, die durch Steuern,

---

<sup>18</sup> Omitoogun, S. 43.

ausländische Hilfe und externe Kredite finanziert werden.<sup>19</sup> Allerdings sind hiervon in der Vergangenheit Ausnahmen gemacht worden, so zur Finanzierung des Demobilisierungsprogrammes nach Ende des Krieges mit Eritrea, oder aktuell für einen *Disaster Prevention and Preparedness Fund* (DPPF). Auch die Beschaffung von Flugzeugen für die *Ethiopian Airlines* in den Jahren 2003-2005 im Wert von 350 Millionen US\$, die durch einen kommerziellen Kredit finanziert wird, scheint außerhalb des Haushalts verbucht zu werden.<sup>20</sup> Es sprechen einige Anzeichen dafür, dass bei Rüstungsimporten ähnlich verfahren worden ist. Belastungen des Haushalts ergeben sich erst in Folgejahren; sie werden unter dem allgemeinen Schuldendienst erfasst, nicht als Militärausgaben.

#### V. Haushaltsumsetzung, Beschaffungen

Nach Einschätzung der Weltbank und anderer Geber ist die Haushaltsdisziplin in Äthiopien hoch. Das CFAA kommt auch bei der Beurteilung des Haushaltsvollzugs zu einem relativ positiven Befund. Es gebe kein Problem mit nicht-autorisierten Ausgaben. Ein CPAR für Äthiopien liegt nicht vor, aber auch im Bereich der Beschaffungen wird im CFAA nicht über grundlegende Probleme berichtet. Das Risiko von Korruption und nicht genehmigter Verwendung sei gering.<sup>21</sup> Äthiopien wird auch im Index von *Transparency International* besser bewertet als andere afrikanische Länder.

Äthiopien ist hoch verschuldet. Die Verschuldung hat in den letzten Jahren auf Grund mehrerer Umschuldungsrunden und Einbeziehung in die HIPC-Initiative ab 2001 zwar auf 6 Mrd. US\$ (2002) abgenommen, aber es ist weiterhin fraglich, ob Äthiopien in der Zukunft die Schulden wird bedienen können.<sup>22</sup> Wesentliche Quelle der Altschulden sind Rüstungsimporte. Mehr als die Hälfte der im Jahre 1991 auf 8,8 Mrd. US\$ geschätzten Schulden betrafen Waffenimporte<sup>23</sup>, weit überwiegend aus der ehemaligen Sowjetunion. Russland hat Ende der 1990er Jahre auf einen Großteil seiner Forderungen an Äthiopien verzichtet.

---

<sup>19</sup> Ethiopia CFAA, S. 18.

<sup>20</sup> *Ethiopia, Memorandum on Economic and Financial Policies for the Period July 8, 2003- July 7, 2004*, [www.imf.org/external/np/loi/2003/eth/01/index.htm](http://www.imf.org/external/np/loi/2003/eth/01/index.htm).

<sup>21</sup> Ethiopia CFAA, S. 24.

<sup>22</sup> Tekie Fessehatyion, *No Demarcation, No Debt Relief*, 20. Februar 2004.

<sup>23</sup> *Fiscal Ownership and Role of Donors: Will HIPC Matter? A Case Study of Ethiopia*, World Bank informal note.

## VI. Haushaltskontrolle

Eine zentrale Rolle in der Haushaltskontrolle hat das Parlament, genauer das *House of Peoples Representatives*. Im wesentlichen erfolgt dies durch den Ausschuss für Haushalt und Finanzen. Dieser Ausschuss hat allerdings nur wenig Personal. Ein Schwerpunkt des im CFAA vorgesehenen Arbeitsplans sind daher Verbesserungen in der Arbeit des Parlaments, um öffentliche Transparenz und Rechnungslegung zu verbessern.<sup>24</sup>

Die eigentliche Rechnungsprüfung erfolgt durch den in der Proklamation 68/1997 eingerichteten Bundesrechnungshof (*Office of the Federal Auditor General*).

Der Rechnungshof arbeitet auf der Grundlage internationaler Standards.<sup>25</sup> Das Mandat des Rechnungshofes sieht keine Ausnahmen der Prüfungsbefugnis vor (<http://www.cagindia.org/mandates/Mandates/Ethiopia.html>). Wesentliches Instrument seiner Tätigkeit ist ein jährlicher Bericht. Ein Hauptproblem des Rechnungshofes ist seine geringe personelle Kapazität, die unter anderem zu einem erheblichen zeitlichen Rückstau geführt hat. Anfang 2003 lag erst der Bericht für das Haushaltsjahr 1998/1999 vor, und die Prüfung des Haushaltsjahres 1999/2000 war in Arbeit.<sup>26</sup> Die Verbesserung der Kenntnisse und Instrumente des Rechnungshofes ist eines der Ziele des im CFAA von 2003 präsentierten Aktionsplanes.

Der Haushalt des Ministeriums für Nationale Verteidigung wird nach vorliegenden Informationen auf gleiche Weise geprüft wie die Haushalte anderer Ministerien.<sup>27</sup> Nach Angaben im CFAA prüft der Rechnungshof 80 Prozent aller Ausgaben und zwar insbesondere die der Ministerien mit hohen Ausgaben.<sup>28</sup> Hierzu gehört das Ministerium für Nationale Verteidigung.

## VII. Eigene Einschätzung

Die äthiopische Regierung hat in den letzten Jahren einiges Lob für ihre Anstrengungen erhalten, die Militärausgaben zu senken und die Ausgaben zur Verminderung der Armut zu erhöhen. Parallel dazu hat die EZ für Äthiopien zugenommen. Die internationale Gebergemeinschaft erwartet weitere Reduzierungen der Militärausgaben, die im regionalen und internationalen

---

<sup>24</sup> Ethiopia CFAA, S. 14.

<sup>25</sup> Ethiopia CFAA, S. 31.

<sup>26</sup> Ethiopia CFAA, S. 32.

<sup>27</sup> IMF und IDA, *Ethiopia, Enhanced Initiative for Heavily Indebted Poor Countries (HIPC) – Update of Preliminary Document*, 7. Februar 2001, S. 42.

<sup>28</sup> Ethiopia CFAA, S. 32.

Maßstab<sup>29</sup>, gemessen etwa am Bruttosozialprodukt, weiterhin hoch sind.

Auch die Haushaltsplanung, -durchführung und -kontrolle ist in Äthiopien in den letzten Jahren nach allgemeiner Einschätzung verbessert worden. Allerdings sind die Kapazitäten des Landes auch in dieser Hinsicht begrenzt und deren Verbesserung eine Priorität der Geber.

Militärausgaben haben bisher in diesem Zusammenhang, trotz ihrer Höhe, keine Beachtung gefunden. Es wurden in den für dieses Kurzgutachten ausgewerteten Dokumenten keine Hinweise auf eine programmorientierte Planung der Militärausgaben in Äthiopien gefunden. Hier besteht erheblicher Verbesserungsbedarf. Die Haushaltstransparenz ist gering. Grundsätzlich scheinen die Zahlen über die offiziellen Militärausgaben glaubwürdig, allerdings sind in der Vergangenheit Rüstungsimporte vermutlich außerhalb der regulären Haushaltspläne beschafft und über kommerzielle Kredite finanziert worden. Das Ministerium für Nationale Verteidigung scheint derselben Kontrolle durch den Rechnungshof unterworfen zu sein, wie andere Ministerien auch.

Eine verstärkte Einbeziehung der äthiopischen Militärausgaben in das PEW scheint angesichts ihrer Höhe und insbesondere der Unklarheit der Finanzierung von Beschaffungen dringend geboten. Angesichts der Bereitschaft der äthiopischen Regierung, mehr Mittel für die Armutsreduzierung freizusetzen, scheinen auch die Möglichkeiten, dies in Zusammenarbeit mit der äthiopischen Regierung umzusetzen, gut.

### 3. Burundi

#### *1. Allgemeine Informationen über den Militärssektor*

Burundi befindet sich seit 1993 in einem Bürgerkrieg, der zwischen den von Tutsi dominierten Regierungstreitkräften und verschiedenen Hutu-Rebellengruppen (u. a. *Forces pour la Défense de la Democratie – FDD* und *Forces for National Liberation – FNL*) ausgetragen wird. Dieser Krieg hat nach internationalen Schätzungen bereits mehr als 300.000 Opfer gefordert und konnte trotz eines im Jahre 2000 unter südafrikanischer Vermittlung zustande gekommenen Friedensvertrags noch nicht endgültig beendet werden. Zur Zeit befindet sich eine ca. 3.000

---

<sup>29</sup> Vgl. etwa *Memorandum of the President of the International Development Association to the Directors on a Country Assessment Strategy for the Federal Democratic Republic of Ethiopia*, 24. März 2003, Report No.25591-ET.

Mann starke internationale Friedenstruppe der Afrikanischen Union in Burundi.

Der burundische Sicherheitssektor ist der Kriegssituation entsprechend umfangreich, er umfasst neben den 45.000 Angehörigen der Armee auch noch die 5.500 Angehörigen der paramilitärisch organisierten Gendarmerie, sowie die 1.000 Angehörigen der *General Administration of State Security*. Darüber hinaus existieren weitere 30.000 Angehörige, sog. *Local Defence Militias*, die jedoch keinen Sold erhalten und auch nur unzureichend bewaffnet sind. Diesen Regierungstreitkräften stehen bis zu 35.000 Rebellen gegenüber, darunter nach Angaben des IISS 16.000 bewaffnete Angehörige der FDD und zwischen 2-3.000 Kämpfer der FNL.<sup>30</sup>

### *11. Haushaltsplanung und -erstellung*

Die Informationen über den Haushaltsplanungsprozess in Burundi sind ausgesprochen lückenhaft. Der Haushaltsprozess („*circulaire budgétaire*“) wird vom Finanzminister durch eine Vorlage eröffnet, die vom Parlament angenommen werden muss. Die Haushaltsumsetzung wird dann durch eine Haushaltskommission („*commission budgétaire*“) überwacht, die aus Angehörigen des Finanz- und des Planungsministeriums besteht.<sup>31</sup> Unklar bleibt jedoch, auf welcher Basis die Planzahlen für den Verteidigungshaushalt entwickelt werden. Die wenigen verfügbaren Daten (siehe auch nächster Abschnitt) sprechen dafür, dass der Verteidigungshaushalt formal auf der Basis der Gehaltszahlungen und Betriebskosten der vergangenen Jahre fortgeschrieben wird. Mehraufwendungen für neue Waffensysteme oder für militärische Operationen gegen die Rebellen werden wahrscheinlich aus Sonderhaushalten finanziert.

Laut IMF hat sich die Verwaltung von Haushaltsmitteln in den letzten Jahren deutlich verbessert. So wird der Vizedirektor der IWF-Abteilung für Ostafrika, Philippe Beauregard, mit den Worten „*in spite of the civil war, government authorities and the central bank had very encouraging results in managing revenues and the budget in the 1990s*“ zitiert. Auf der Basis dieser Fortschritte nahm der IWF im

---

<sup>30</sup> World Bank, *Technical Annex for a Proposed Grant to Republic of Burundi for an Emergency Demobilization, Reinsertion and Reintegration Program*, Washington, 24. Februar 2004, S. 17; IISS: *The Military Balance 2003-2004*, S. 207.

<sup>31</sup> Louis Barampanze und Immaculee Niyongere: *Les Charges de l'Etat*, Bujumbura, Juli 1999.

Oktober 2002 seine Zusammenarbeit mit Burundi wieder auf und gab eine erste Kredittranche in Höhe von 13 Millionen US\$ frei.<sup>32</sup>

Diese optimistische Einschätzung steht im Gegensatz zu den Einschätzungen des Interim-PRSP vom November 2003, das feststellt, dass “*governance problems are also reflected in rising corruption, the sub-optimal allocation and inefficient management of scarce resources, and an inappropriate public expenditure profile, given the inability to reduce certain essential expenditures and the lack of revenue*”. Der selbe Text beklagt den “*collapse of institutional capacities*” und den “*mismatch between training and responsibility*” als wesentliche Hindernisse auf dem Weg zu einer guten Regierungsführung.<sup>33</sup>

### *III. Militärausgaben in der offiziellen nationalen und internationalen Berichterstattung*

Da den Autoren keine burundischen Haushaltsdokumente vorliegen, ist es unmöglich detaillierte Informationen über die Berichterstattung in nationalen Dokumenten zu geben. Auch liegen keine Informationen über die Berichterstattung zu diesem Thema in den nationalen Medien oder über Diskussionen im Parlament vor, aus denen Schlussfolgerungen über den Haushaltsprozess gewonnen werden könnten.

Die einzige burundische Quelle für die Verteidigungsausgaben sind die Berichte der Regierung in Bujumbura an den IWF, die bis zum Jahr 1999 im *Government Finance Statistics Yearbook* (siehe Anhang II) dokumentiert werden. Seit dem Jahr 2001 hat Burundi die Berichterstattung an den IWF für die Publikationen *International Financial Statistics* und *Government Finance Statistics* unter Verweis auf Schwierigkeiten bei der statistischen Erfassung eingestellt. Burundi bat die Gebergemeinschaft um technische Unterstützung bei der Erhebung dieser Daten.<sup>34</sup>

Diese existierenden Daten im *Government Finance Statistics Yearbook* sind jedoch in stark aggregierter Form. Geringfügig detaillierter sind die Angaben der IWF-Publikation *Burundi – Selected Issues and Statistical Appendix*. Sie unterscheiden immerhin verschiedene Unterkategorien des Militärhaushalts:

---

<sup>32</sup> “IMF praises Burundi’s “remarkable” handling of budget despite war”, *AFP*, 29. Oktober 2003.

<sup>33</sup> IMF: *Burundi – Interim Poverty Reduction Strategy Paper*, November 2003, S. 16.

<sup>34</sup> IMF: *Burundi: 2003 Article IV Consultation and Request for Three-Year Arrangement Under the Poverty Reduction and Growth Facility—Staff Report; Staff Statement; Public Information Notice and Press Release News Brief on the Executive Board Discussion; and Statement by the Executive Director for Burundi*, Februar 2004, S. 68.

*Tabelle A – Burundi, Militärausgaben, 1998-2002<sup>35</sup>, in Mrd. Burundi Franc*

	1998	1999	2000	2001	2002
1. Salaries	32.3	32.3	32.3	32.3	32.3
2. Goods & Services	24.5	24.5	24.5	24.5	24.5
2.1 Light equipment, food, clothing, healthcare	10.5	--	8.1	8.4	5.2
2.2 Equipment and maintenance	3.4	--	4.3	4.7	4.4
2.3 Other	10.5	--	12.1	11.4	14.9
<b>3. Total military expenditure</b>	<b>56.8</b>	<b>56.8</b>	<b>56.8</b>	<b>56.8</b>	<b>56.8</b>
Nachrichtlich: Burundi Franc pro US\$ <sup>36</sup>	447.77	563.56	720.67	830.35	930.75

Eine weitere Quelle für Informationen zu den Verteidigungsausgaben ist ein weiter IWF-Bericht aus dem Jahr 2004. Er enthält Angaben über die Höhe der burundischen Verteidigungsausgaben in den Jahren 2001-2004 und unterscheidet zwischen Soldzahlungen und Betriebsausgaben:

---

<sup>35</sup> IMF: *Burundi – Selected Issues and Statistical Appendix*, Februar 2004, S. 58.

<sup>36</sup> IMF, International Financial Statistics, Official exchange rates, rf series

Tabelle B – Burundi, Militärausgaben 2000-2004<sup>37</sup>, in Mrd. Burundi Franc

	2001	2002	2003	2004
Salaries	18.5	22.3	24.0	25.3
Goods and services	25.7	19.5	21.6	22.4
<b>Total</b>	<b>44.2</b>	<b>41.8</b>	<b>45.6</b>	<b>47.4</b>
Nachrichtlich: Burundi Franc pro US\$ <sup>38</sup>	830.35	930.75	1082.62	n.a.

Auffallend sind beim Vergleich der Daten für die Jahre 2001 und 2002 die substantiellen Abweichungen zwischen den beiden IWF-Quellen. Während die Position für Betriebsausgaben mehr oder weniger identisch sind, weichen die Angaben für Soldzahlungen stark voneinander ab.

Umfassender, wenn auch nicht unbedingt erhellender, sind die Angaben in internationalen Statistiken.

Die burundischen Militärausgaben machen einen Großteil des Staatshaushalts aus (siehe Tabelle II im Anhang). Nach Schätzungen des US State Departments lag der Anteil der Militärausgaben an den Gesamtausgaben 1997 bei 27 Prozent und 1999 bei 26,7 Prozent. Für das Jahr 2001 gibt die Weltbank einen Anteil von 27,1 Prozent an. Dagegen variieren die internationalen Angaben über den Anteil der Verteidigungsausgaben am Volkseinkommen deutlich je nach Jahr und Quelle. Für das Jahr 1998 gibt SIPRI den Anteil an BIP mit 6,6 Prozent an, IISS 7,2 Prozent und der IWF nennt 14,2 Prozent, und das US State Department nennt 6,8 Prozent Anteil am BSP. Ähnliche Abweichungen finden sich auch in den Folgejahren, wobei die Schätzungen des IWF kontinuierlich deutlich über den Daten von SIPRI, US State Department und IISS liegen. In absoluten Zahlen zeigt der burundische Militärhaushalt seit Mitte der neunziger Jahre deutliche Zuwächse, für das Jahr 2002 nennt SIPRI die Summe von 44 Milliarden Francs (56,9 Mio. US\$), während für das Jahr 2000 die Militärausgaben noch 30,5 Milliarden Francs (42,3 Mio. US\$) betragen. Der IWF nennt deutlich niedrigere Zahlen bei konstanter Tendenz seit 1998, während IISS von einer deutlichen Reduzierung der Militärausgaben zwischen 1997 (85 Mio. US\$) und 2002 (38 Mio. US\$) ausgeht. Die Ursache für diese Abweichungen sind nicht bekannt.

<sup>37</sup> IMF: *Burundi: 2003 Article IV Consultation and Request for Three-Year Arrangement Under the Poverty Reduction and Growth Facility—Staff Report; Staff Statement; Public Information Notice and Press Release News Brief on the Executive Board Discussion; and Statement by the Executive Director for Burundi*, Februar 2004, S. 27.

<sup>38</sup> IMF, IFS, Official exchange rates, rf series.

#### IV. Probleme der offiziellen Daten

Die offiziellen Daten sind wenig schlüssig und zum Teil widersprüchlich. Da den Autoren keine originären burundischen Haushaltsdokumente vorliegen, beschränkt sich diese Analyse auf die internationalen Angaben zu den burundischen Verteidigungsausgaben. So meldete die burundische Regierung für das Jahr 1998 Verteidigungsausgaben in Höhe von 23,3 Milliarden Francs (52,0 Mio. US\$) und für das Jahr 1999 Ausgaben in Höhe von 24,5 Milliarden Francs (43,5 Mio. US\$)<sup>39</sup> an den IWF (siehe Anhang II). Gleichzeitig stellt der IWF in seiner Publikation *Burundi – Selected Issues and Statistical Appendix* aus dem Jahr 2004 unter Berufung auf „burundische Quellen und Schätzungen von IWF-Mitarbeitern“ für die beiden genannten Haushaltsjahre jeweils Verteidigungsausgaben von 56,8 Milliarden Francs (126,9 bzw. 100,8 Mio. US\$) fest. Eine Erklärung für diese Abweichungen könnte darin bestehen, dass die an den IWF gemeldeten Haushaltsdaten nur die Betriebs- und Beschaffungskosten enthalten, nicht aber die Aufwendungen für Soldzahlungen.

Aber selbst mit dieser Einschränkung erscheinen die Angaben aus *Burundi – Selected Issues and Statistical Appendix* schwer glaubhaft. Konstante Verteidigungsausgaben über einen Zeitraum von fünf Haushaltsjahren, in denen sich das Land im Bürgerkrieg befindet, erscheinen sehr unwahrscheinlich. Umso mehr, als die burundischen Streitkräfte im genannten Zeitraum nach Angaben von IISS um mindestens 5.500 Soldaten gewachsen sind, ohne dass dies in der relevanten Budgetkategorie einen Niederschlag gefunden hätte.<sup>40</sup>

#### V. Haushaltsumsetzung, Beschaffungen

Den Autoren liegen keine burundische Quellen zur Haushaltsumsetzung vor. Auch zu Beschaffungsvorhaben der burundischen Streitkräfte liegen nur sehr wenige Hinweise vor. Von 1996 bis 1999 unterlag Burundi einem regionalen Waffenembargo, das erst nach dem formellen Friedensschluss in Arusha aufgehoben wurde. Während dieser Zeit nutzte Burundi Sonderkonten, die dem direkten Zugriff des Ministers (und keiner

---

<sup>39</sup> Umrechnung aller nationalen Währungen nach IMF, IFS, Official exchange rates, rf series, falls nicht anders angegeben.

<sup>40</sup> Dies lässt sich aber möglicherweise auch dadurch erklären, dass IISS die paramilitärische Gendarmerie mit in die Berechnung der Truppenstärke einbezieht, diese jedoch wahrscheinlich nicht aus dem Militärhaushalt finanziert wird.

parlamentarischen Kontrolle) unterlagen. Als Ergebnis dieser Beschaffungspraxis, die möglicherweise auch heute noch fortbesteht sind "embezzlement and corruption prevalent"<sup>41</sup>.

In zumindest einem Fall wird Burundi auch beschuldigt, internationale Hilfsgelder in den Verteidigungshaushalt umgeleitet zu haben. Die *International Crisis Group (ICG)* berichtet: "it seems that the 12 million US\$ Stabex funds given to pay the salaries of ministry of agriculture have been diverted to military expenditures"<sup>42</sup>.

#### *VI. Haushaltskontrolle*

Die Umsetzung des Haushalts unterliegt der Kontrolle durch die Haushaltskommission sowie die Rechnungsprüfung der Kontrolle durch die Finanzinspektion (*Inspection Générale des Finances*), die eine Art Rechnungshof darstellt. Die Finanzinspektion ist für alle Staatsausgaben und damit auch für den Verteidigungshaushalt zuständig, kann allerdings nicht den Zugang zu Dokumenten erzwingen und daher nur auf der Basis der vorgelegten Unterlagen prüfen. Wie effektiv diese Kontrolle angesichts der im vorherigen Abschnitt beschriebenen Beschaffungspraktiken ist, können die Autoren auf der Basis der zur Verfügung stehenden Quellen nicht beurteilen.

#### *VII. Eigene Einschätzungen*

Angesichts der großen Bedeutung der Verteidigungsausgaben für den burundischen Staatshaushalt ist eine Einbeziehung dieses Budgetpostens in den Reformprozess der Staatsfinanzen dringend erforderlich. Vornehmlichstes Ziel muss dabei eine Verbesserung der statistischen Erfassung der Verteidigungsausgaben sein. Die momentan geübte Praxis, Militärausgaben in Sonderhaushalten zu verstecken, widerspricht den Grundsätzen guter Haushaltsführung.

Über das Ausmaß der parlamentarischen Kontrolle über den Verteidigungshaushalt und über die Arbeit der Finanzinspektion kann auf der Basis der vorliegenden Daten keine verlässliche Angabe gemacht werden. Es scheint aber sehr wahrscheinlich, dass in beiden Fällen dringend technische Hilfestellung und *capacity-building* geboten sind.

---

<sup>41</sup> International Crisis Group (ICG): *A Framework For Responsible Aid to Burundi*, Brüssel, 21. Februar 2003, S. 13.

<sup>42</sup> International Crisis Group (ICG): *Burundi after six months of transition: Continuing the war or winning peace?*, Brüssel, 24. Mai 2002, S. 9.

Sollte der Bürgerkrieg in Burundi tatsächlich zu einem friedlichen Ende kommen, steht die internationale Gebergemeinschaft vor der Herausforderung, den Friedensprozess durch die weitere Unterstützung eines Demobilisierungsprogramms und mittelfristig durch die Reform des Sicherheitssektors zu unterstützen. Geplant ist eine Reduzierung der Zahl der Kombattanten auf burundischem Boden von derzeit ca. 110.000 (Reguläre Armee plus Rebellengruppen plus paramilitärische Gruppen) auf 25.000 im Jahre 2008.<sup>43</sup> Ein Ziel der Demobilisierung ist "to contribute to the reallocation of Government Expenditure from defense to social and economic sectors"<sup>44</sup>.

Die Verbesserung von Transparenz und Kontrolle der burundischen Militärausgaben ist dringend geboten, nicht zuletzt um messen zu können, ob es tatsächlich eine „Friedensdividende“ gibt und auch wegen der zu erwartenden Finanzleistungen an die burundische Regierung im Rahmen der Demobilisierung und der ebenfalls geplanten umfassenden Reform des Sicherheitssektors. Für die Auszahlung von entsprechenden Mitteln an die burundische Regierung sollte jedoch eine drastische Verbesserung der Transparenz und Kontrolle der Verteidigungsausgaben zur Voraussetzung gemacht werden.

#### 4. Kenia

##### *1. Allgemeine Informationen über den Militärsektor*

Obwohl Kenia von regionalen Konfliktherden umgeben ist, blieben sowohl die Militärausgaben als auch die Personalstärke der Streitkräfte seit Mitte der 1990er Jahre verhältnismäßig gering.<sup>45</sup> Das Verteidigungsbudget ist zwar seit 1999 leicht angestiegen, dessen Anteil am Bruttosozialprodukt des Landes erscheint aber im regionalen Vergleich mit den Nachbarländern als insgesamt nicht überhöht (siehe Anhang VII). Es liegt deutlich unter dem Anteil von beispielsweise Äthiopien und Uganda, die beide in größere militärische Auseinandersetzungen verwickelt sind bzw. waren, und hat die vom Internationalen Währungsfond (IWF) für einige Länder vorgeschlagene Richt-Grenze von zwei Prozent bislang nicht überschritten.<sup>46</sup> Auch die Personalgröße der

---

<sup>43</sup> World Bank, Technical Annex, S. 16-17.

<sup>44</sup> World Bank, Technical Annex, S. 16.

<sup>45</sup> Omitoogun, S. 63.

<sup>46</sup> Im Falle von Uganda bestanden die Gebergemeinschaft und der IWF in den 1990er Jahren auf einer maximalen Obergrenze für die

kenianischen Armee hält sich relativ zur Region in einem durchaus überschaubaren Rahmen. Im Gegensatz zu Äthiopien, Uganda und Tansania kommt Kenia auf unter einen Soldaten pro 1.000 Einwohner (siehe Anhang VII).

Trotzdem erhält das kenianische Verteidigungsministerium den drittgrößten Haushalt aller kenianischen Ministerien. Es wird damit nur vom Bildungsministerium und dem Präsidentenbüro übertroffen.<sup>47</sup> Der Aufwärtstrend in den Verteidigungsausgaben seit 1999 lässt sich weder durch Personalaufstockung noch durch größere Beschaffungen erklären (s. Tabellen im Anhang). Wie Wuyi Omitoogun anmerkt, hängen die zwischen 2000 und 2002 um 24 Prozent angestiegenen Militärausgaben vielmehr mit einer deutlichen Aufstockung der Gehaltszahlungen an Soldaten zusammen.<sup>48</sup> Dies ist auch der Grund für die im Vergleich zu den Nachbarländern sehr viel höheren Ausgaben pro Soldat in Kenia (siehe Schaubild 1 im Anhang).

Die in den letzten vier Jahren erheblich gestiegenen Soldatengehälter scheinen den *im Interim Poverty Reduction Strategy Paper* (IPRSP) von 2000 versprochenen Einsparungen und Rationalisierungen im öffentlichen Dienst, die u. a. auch explizit den Verteidigungssektor miteinbeziehen, zuwiderzulaufen.<sup>49</sup> Andererseits wird im gleichen Papier, die Bedeutung „Nationaler Sicherheit“ für die entwicklungspolitischen Zielsetzungen des Landes deutlich unterstrichen, und – „in der Abwesenheit externer Aggression“ – die wichtige Rolle der Streitkräfte bei der Armutsbekämpfung herausgestellt.<sup>50</sup>

---

Verteidigungsausgaben von zwei Prozent des BSP. Siehe: Mwenda, M.A., „Domestic debt record shs 100 bn, IMF suspends aid to Uganda“, *The Monitor* (Kampala), 13. März 1999 (zitiert von Omitoogun, S. 107).

<sup>47</sup> Eric Orina, „Modest cut in Spending“, *Daily Nation* (Kenya), 15. Juni 2001.

<sup>48</sup> 2000 wurden die Gehälter aller Dienstgrade um 40 Prozent erhöht. Laut Omitoogun (S. 74) werden Militärausgaben wohl auch in Zukunft weiter ansteigen, da im Juli 2003 Gehaltszahlungen an alle Offiziere noch einmal um 400 Prozent, und an alle übrigen Dienstgrade um 21 Prozent aufgestockt wurden.

<sup>49</sup> *Interim Poverty Reduction Strategy Paper* (IPRSP) 2000, *Implementation Matrix – 5.1. Public Administration Sector*: „Rationalize and reduce operational structure of the entire public service to reflect well defined core functions [...] Complete functional rationalization covering civil service, defense and security forces“. <http://www.imf.org/external/np/prsp/2000/ken/01/kenya.pdf>.

<sup>50</sup> IPRSP – 13.10: „In the absence of external aggression and internal upheaval, the military will continue undertaking activities like borehole drilling, road improvements to open up remote areas and provision of health services, which target the disadvantaged and poor communities.“; <http://www.imf.org/external/np/prsp/2000/ken/01/#XIII>

## II. Haushaltsplanung und -umsetzung

Die öffentliche Überwachung und demokratische Kontrolle über das kenianische Verteidigungsbudget ist sehr viel weniger effektiv als sich angesichts der vorhandenen Kontrollinstanzen und deren Befugnisse auf den ersten Blick vermuten ließe<sup>51</sup>. Tatsächlich charakterisiert dieser Umstand den Staatshaushalt des Landes als Ganzes.

Zwar legt die kenianische Verfassung u. a. die Aufgaben eines unabhängigen Rechnungshofes (*Controller and Auditor General* – C&AG) fest, um den ordnungsgemäßen Umgang mit öffentlichen Geldern zu überwachen (Sektion 105; 1-5)<sup>52</sup>, jedoch verfügt der C&AG weder über die geeigneten Rechtsmittel, um Verstöße angemessen ahnden zu können noch über die dazu benötigten finanziellen und personellen Kapazitäten.<sup>53</sup> Gesammelte Daten sind meist von schlechter Qualität. Der Abschreckungseffekt von Prüfungsberichten auf mangelhafte Finanzplanung in den einzelnen Ministerien bleibt äußerst gering.<sup>54</sup>

Das Kontrollinstrumentarium des Finanzministeriums wird vom *Institute for Economic Affairs* (IEA) als im Großen und Ganzen effektiv bewertet. Als Exekutivorgan verfügt das Ministerium jedoch nicht über den für eine unabhängige Finanzprüfung erforderlichen Grad an Objektivität.<sup>55</sup>

Dem Parlament hingegen, von dem die Haushaltsplanung letztendlich abgesegnet werden muss, mangelt es an den nötigen institutionellen Strukturen und der fachlichen Expertise, um tatsächliche Veränderungs- und Verbesserungsvorschläge in den Prozess mit einzubringen.<sup>56</sup>

Das IEA kommt zu dem Schluss, dass die Beteiligung an der Haushaltsplanung einem kleinen Kreis hochrangiger Regierungsangehöriger vorbehalten ist. Informationen über die

---

<sup>51</sup> Stockholm International Peace Research Institute, *SIPRI Yearbook 2003: Armaments, Disarmament and International Security*, Oxford University Press: 2003, S. 273.

<sup>52</sup> *The Constitution of Kenya*, Chapter VII (Finance) §105 (<http://kenya.rcbowen.com/constitution/chap7.html>)

<sup>53</sup> Siehe: Albert K. Mwenda und Mary N. Gachocho, "Budget Transparency: Kenyan Perspective", Institute of Economic Affairs (IEA), Research Paper Series No. 4, Nairobi, Oktober 2003, S.15-18; 68-69; Transparency International Kenya, "Public Resources, Private Purposes", Nairobi, 2002, S. 25.

<sup>54</sup> Siehe: *Kenya Public Expenditure Review 2003*, S. 122-24, *Kenyan Ministry of Planning and National Development*, <http://www.planning.go.ke/pdf/per.pdf>.

<sup>55</sup> Mwenda und Gachocho, S. 68.

<sup>56</sup> Institute of Economic Affairs, "Budgeting for the Nation", in *The Budget Focus*, Nr. 1, Nairobi, März 2000, S. 5.

genaue Verteilung und geplante Verwendung von Staatsgeldern werden – verschlüsselt in einem technokratisch-komplexen Vokabular – in der Regel erst viel zu spät, in geringer Auflage und mit eingeschränktem Umlauf herausgegeben. Eine mit dem Haushaltsprozess einhergehende öffentliche Diskussion wird somit weitestgehend verhindert.<sup>57</sup>

Als Folge dieses Mangels an effektiver institutioneller Kontrolle und öffentlicher Transparenz leidet Kenia an erheblichen Defiziten bei der Verwaltung, Zuteilung und letztendlichen Verwendung öffentlicher Finanzmittel.<sup>58</sup> Vor allem die unter dem früheren Präsidenten Daniel arap Moi grassierende Korruption und ökonomische Misswirtschaft haben seit 1991 die internationale Gebergemeinschaft dazu veranlasst, Entwicklungszuwendungen an Kenia zunehmendst einzuschränken.

In den letzten Jahren gab es jedoch einige Initiativen seitens der kenianischen Regierung, die bekannten Probleme in der Haushaltsführung zu beseitigen. So wurde zum Beispiel im Finanzjahr 1999/2000 sowohl ein *Budget Monitoring Department* ins Leben gerufen als auch ein *Medium Term Expenditure Framework* (MTEF) für die nächsten drei Jahre erstellt. Dessen Erfolg wurde 2003 in Form der ersten *Public Expenditure Review* (PER) seit sechs Jahren bewertet. Alles in allem ist aber trotz nun wieder steigender Entwicklungsgelder nur eine mäßige Verbesserung in der Verwaltung des öffentlichen Etats festzustellen. Misswirtschaft im kenianischen Budgetmanagement wurde zuletzt in einem im März 2004 erschienenen UNDP Bericht scharf kritisiert.<sup>59</sup>

Die PER 2003 erwähnt, neben allgemeinen organisatorischen Schwächen in der Projektplanung und -durchführung, vor allem strukturelle Mängel in der Ausgabenverteilung als ein Hauptproblem in der Verwendung des Staatsetats. Während nämlich hauptsächlich mit Verwaltungsaufgaben betreute Ministerien, und insbesondere auch das Verteidigungsministerium, ihre Haushaltsvorgabe in den wiederkehrenden Ausgaben, vor allem aufgrund von überhöhten Gehaltszahlungen, regelmäßig überschreiten, bleiben Entwicklungsausgaben im Dienstleistungssektor meist unter der ursprünglich avisierten Zielmarke. Die Folge dieser

---

<sup>57</sup> Mwenda und Gachocho, S. 29-31.

<sup>58</sup> Siehe auch: Centre for Governance and Development (CGD), *A Survey of Seven Years of Waste*, Nairobi, Kenia, 2001.

<sup>59</sup> Noel Wandera, "Budgetary Process Criticised", *East African Standard*, 6. März 2004.

Ungleichgewichtung sind unzureichende Maßnahmen in der Armutsbekämpfung und Gesundheitsvorsorge.<sup>60</sup>

Nichtstaatliche Einrichtungen übten in der Vergangenheit wesentlich schärfere Kritik am kenianischen Budgetprozess. Unsachgemäße Auftragsvergaben, sowie weitverbreitete Korruption, Disziplin- und Verantwortungslosigkeit im öffentlichen Dienst, finden ihren Niederschlag in einer Serie von überflüssigen, verschwenderischen Staatsausgaben.<sup>61</sup> Einem Bericht von *Transparency International* (TI) zufolge, wurden in der Vergangenheit Wahlkämpfe der Regierungspartei regelmäßig aus der öffentlichen Kasse finanziert.<sup>62</sup>

Wie das IEA schreibt, besteht das Grundproblem des Staatshaushaltes aber in dessen Missachtung tatsächlicher nationaler Erfordernisse. Das jährliche Ritual der Etataufstellung richte sich höchstens marginal nach den jeweiligen Schwerpunkten der Landespolitik. Darüber hinaus gebe es eine Neigung, Ausgaben für implizite politische Interessen zu genehmigen, die in der Haushaltsallokation nicht vorgesehen sind, während explizite politische Zusagen dann wiederum nicht durch den Etat gedeckt werden können.<sup>63</sup>

Vorrangiges Ziel des MTEF ist es deshalb, die Planung und Verwendung des Haushaltes den gegebenen politischen Rahmenbedingungen besser anzupassen.<sup>64</sup> Dies ist mit Sicherheit ein Schritt in die richtige Richtung. Doch fehlt, zumindest auf der Ebene einzelner Ministerien, bislang der politische Wille zur erfolgreichen Umsetzung dieses ambitionierten Zieles.<sup>65</sup>

### *III. Transparenz des Verteidigungsbudgets*

Das Verteidigungsministerium bildet keine Ausnahme in der allgemeinen Kritik an der Handhabung des kenianischen Budgetprozesses. Die Möglichkeiten öffentlicher Einsicht in die genaue Verwendung, bzw. Aufschlüsselung des staatlichen Militärbudgets sind trotz Regierungswechsel noch immer sehr limitiert. Wie die kenianische Zeitung *The Nation* im März 2004 schreibt: "Equipment, modernisation and operational budget are

---

<sup>60</sup> PER 2003, S. 80-81.

<sup>61</sup> Mwenda und Gachocho, S. 76-79.

<sup>62</sup> Transparency International Kenya, "Public Resources, Private Purposes", Nairobi, 2002, S. v.

<sup>63</sup> Mwenda und Gachocho, S. 54-55.

<sup>64</sup> PER 2003, S. 25 ; Mwenda und Gachocho, S. 55-56.

<sup>65</sup> Siehe: Jane Kiringai und Geoffrey West, "Budget Reforms and the Medium Term Expenditure Framework in Kenya", Kenya Institute for Public Policy Research and Analysis (KIPPRA), Working Paper No. 7, Nairobi, Juni 2002.

closely guarded secrets in any military outfit”<sup>66</sup>. So ist das Verteidigungsministerium bezeichnenderweise, obwohl es die drittgrößte Budgetallokation erhält, nicht unter den acht in der PER 2003 untersuchten Ministerien.

Angaben zur Größe des Verteidigungsbudgets finden sich in drei nationalen Quellen, die von Omitoogun allesamt als „verlässlich“ eingestuft werden.<sup>67</sup> dem *Statistical Abstract* und dem *Economic Survey* des kenianischen Statistikamtes, sowie den *Estimates of Recurrent Expenditure of the Government of Kenya*, die von dem Finanzministerium herausgegeben werden. Letztere Quelle ist zwar Omitoogun zufolge „wenig hilfreich“, da sie sich hauptsächlich auf die zivilen Kosten des Verteidigungsministeriums konzentriert (S. 66). Alles in allem gibt es aber zwischen den einzelnen Quellen nur „wenig Diskrepanzen“ (S. 64).

#### *IV. Probleme der offiziellen Daten zu Militärausgaben*

Das Problem der absichtlichen Manipulierung von Daten zu Militärausgaben seitens der kenianischen Regierung ist laut Omitoogun gering. Viel interessanter sei die Frage, ob die offiziellen Angaben auch die Gesamtheit der tatsächlichen Kosten widerspiegeln (S. 70). In diesem Zusammenhang ist es äußerst bemerkenswert, dass der *Statistical Abstract* militärische Komponenten im Staatshaushalt auflistet, die allem Anschein nach nicht in den Verteidigungsausgaben enthalten sind. Werden diese, unter der Bezeichnung „*military equipment and construction*“ anfallenden Kosten zum offiziellen Militärbudget dazuaddiert, so ist letzteres um bis zu 90 Prozent höher als die offiziellen Angaben (S. 66-67; S. 71). Omitoogun nennt die offiziellen Angaben zu Militärausgaben „lückenhaft und deshalb unzuverlässig und unglaubwürdig“ (S. 74-75).

Diese Beobachtung kann auch die zum Teil erheblichen Unterschiede in den Datenangaben zu kenianischen Militärausgaben von SIPRI und IISS erklären. Stimmen SIPRIs Daten nämlich ungefähr mit den offiziellen Zahlen überein, deuten die sehr viel höheren von IISS ermittelten Beträge darauf hin, dass auch vom Verteidigungsbudget ausgenommene Allokationen an das Militär mitberücksichtigt wurden (dies gilt auch für die Zahlen des BICC).

---

<sup>66</sup> *The Nation*, „Issues That Head of Armed Forces Must Address“, 23. März 2004.

<sup>67</sup> Omitoogun, op.cit., S. 67.

*V. Probleme bei der Umsetzung des Verteidigungsbudgets*

**Korruption**

Weitverbreitete Korruption ist ein schwerwiegendes Problem im öffentlichen Dienst Kenias.<sup>68</sup> Das Verteidigungsministerium steht im "National Bribery Index 2004" von *Transparency International*, welches alle kenianischen Behörden und Ministerien umfasst, an zweiter Stelle nach der Polizei. In Bezug auf Intensität der Korruption („Wahrscheinlichkeit der Dienstleistungsverweigerung“) führt es sogar die Liste aller Ministerien an.<sup>69</sup>

“Overspending”

Die durchschnittlichen Mehrausgaben im Verteidigungsministerium belaufen sich laut PER 2003 auf etwa sechs Prozent (siehe Anhang, Tabelle III1). Damit steht es an fünfter Stelle unter den kenianischen Behörden.<sup>70</sup>

*Tabelle C – Kenia, Mehrausgaben des Verteidigungsministeriums, 1999-2002, Daten nach PER 2003, S. 81*

Jahre	Wiederkehrende Ausgaben			Investitionsausgaben		
	1999/00	2000/01	2001/02	1999/00	2000/01	2001/02
Soll KES Mill.	10 548	13 943	14 441	241	0	0
Ist KES Mill.	10 707	14 439	16 258	81	0	0
Ist als % von Soll	102	104	113	34	0	0
Nachrichtlich: KES pro US\$	70,326	76,176	78,563	70,326	76,176	78,563

**Unbestätigte Ausgaben**

Im Finanzjahr 1997/1998 konnte der Verwendungszweck von 53 Millionen kenianischen Schilling (0,9 Mio. US\$) Investitionsausgaben des Verteidigungsministeriums nicht verifiziert werden.<sup>71</sup>

**Beschaffungsskandale**

Nachdem 2001 bereits der kenianischen Polizei vorgeworfen wurde, zu völlig überhöhten Preisen vier russische

<sup>68</sup> TI Kenya, 2002.

<sup>69</sup> TI Kenya, "The Kenya Bribery Index 2004", Nairobi, 2004.

<sup>70</sup> PER 2003, S. 80-81.

<sup>71</sup> TI Kenya, 2002, S. 17.

Militärhubschrauber bezogen zu haben, deren Anschaffung in der Budgetplanung nicht vorgesehen war,<sup>72</sup> sah sich zwei Jahre später auch das Militär ähnlichen Beschuldigungen ausgesetzt. Die geplante Beschaffung tschechischer Militärflugzeuge wurde letztendlich ausgesetzt.<sup>73</sup> Und im Frühjahr 2004 gab es Gerüchte, ein hochrangiger Politiker versuche sich an einem 100 Millionen Dollar Einkauf von militärischen Kommunikationsgeräten zu bereichern. Ein entsprechender Artikel im *Nation* schließt mit der Bemerkung: *“Keeping the new breed of itchy-fingered politicians out of the military coffers may still be an issue the new Chief of the General Staff will have to deal with even in the era of zero-tolerance to corruption.”*<sup>74</sup>

#### VI. Eigene Einschätzung

Trotz hoher Gehaltszahlungen, besonders an das Offizierkorps der kenianischen Streitkräfte, sind die offiziell angegebenen Verteidigungsausgaben auf Grund der geringen Personalstärke im regionalen Vergleich eher gering.

Bei der Planung und Umsetzung des kenianischen Staatshaushaltes gibt es noch eine Reihe von schwerwiegenden Mängeln. Der Rechnungshof verfügt weder über adäquate Ressourcen noch über ein geeignetes rechtliches Instrumentarium, um seine Kontrollfunktion angemessen wahrnehmen zu können. Fehlende fachliche Kompetenz schränkt darüber hinaus auch die parlamentarische Überwachung erheblich ein. Zwar gibt es seit 1999/2000 ein MTEF, mangelnder politischer Wille zur Umsetzung in den einzelnen Ministerien verhindert aber weiterhin, dass politische Zielsetzungen – vor allem in der Armutsbekämpfung – ausreichenden finanziellen Rückhalt im Staatshaushalt genießen.

Dementsprechend sind auch die Kontrolle, Transparenz und Umsetzung des Verteidigungsbudgets als problematisch zu bewerten. Das Verteidigungsministerium erfährt in der PER 2003 keine gesonderte Erwähnung. Offizielle Angaben zu Militärausgaben sind der Studie von Wuyi Omitoogun zufolge lückenhaft und unzuverlässig, da sie wichtige Posten, wie z. B. die laufenden Betriebskosten des Militärs scheinbar nicht berücksichtigen. Weitverbreitete Korruption im Militärssektor, chronische Mehrausgaben, nicht verifizierbare Beträge und eine

---

<sup>72</sup> *East African Standard* (Nairobi), “Kenya: Opposition leader and minister clash over helicopter deal”, 19. Juli 2001; Omitoogun, op.cit., S. 71 Fn.

<sup>73</sup> Stephen Muiruri, “Military split on deal for Sh29b jet fighters”, *Daily Nation*, Nairobi, 28. Mai 2003.

<sup>74</sup> *The Nation*, “Issues That Head of Armed Forces Must Address”, 23. März 2004.

Reihe von Beschaffungsskandalen in den letzten Jahren charakterisieren den Umgang mit dem Verteidigungshaushalt.

## 5. Tansania

### *1. Allgemeine Informationen über den Militärssektor*

Im Vergleich zu den umliegenden Ländern der Region sind sowohl die personelle Größe der Streitkräfte als auch die nationalen Militärausgaben Tansanias ausgesprochen gering (siehe Anhang IV). In der Tat sind die Verteidigungsausgaben, die Personalstärke des Militärs und die Anzahl der schweren Waffen trotz der geographischen Nähe zu dem Konfliktpotenzial der Großen Seen seit 2000 abnehmend (siehe Tabelle IV.1. im Anhang). In den letzten sechs Jahren gab es keine größeren Rüstungsimporte. Diese Verringerung militärischer Kapazitäten lässt sich durch die im *Poverty Reduction Strategy Paper* (PRSP) von 2000 festgelegte Bevorteilung von sogenannten "priority sectors" bei der jährlichen Budgetallokation erklären.<sup>75</sup> So ist auf Kosten des Verteidigungs- und Sicherheitssektors der Anteil von Sozialausgaben (besonders in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Wasser) am Bruttonationalprodukt von 3,4 Prozent in 1997 auf 5,27 Prozent im Jahr 2002 gestiegen. Der Anteil von Verteidigungsausgaben am BSP sank in derselben Zeitspanne, trotz einer Zunahme in absoluten Zahlen, von 1,35 Prozent auf 1,09 Prozent.<sup>76</sup> (siehe Tabelle D).

---

<sup>75</sup> Government of Tanzania, *Poverty Reduction Strategy Paper*, 2000, S. 19-21; auch: Government of Tanzania und World Bank, *Public Expenditure Review*, Oktober 2001: S. 24; Felix Naschold und Adrian Fozzard, "How, When and Why does Poverty get Budget Priority – Poverty Reduction Strategy and Public Expenditure in Tanzania: *Case Study 3*", Overseas Development Institute (ODI), Working Paper 165, London, April 2002, S. 16-17.

<sup>76</sup> Government of Tanzania and World Bank, *Public Expenditure Review FY03*, Juni 2003, S. 188.

TABELLE D – Vergleich Militärausgaben und Sozialausgaben, 1996-2003, Daten nach PER 2003

	1996/97	1997/98	1998/99	1999/00	2000/01	2001/02	2002/03
BSP in Milliarden TZS	4 709	5 572	6 433	7 226	8 260	9 181	-
Sozialausgaben Milliarden TZS (Ist-Ausgaben)	159,9	207,02	283,5	281,9	394,2	483,6	695,1*
Verteidigung Milliarden TZS (Ist-Ausgaben)	63,5	66,7	73,2*	78,5	89,2	99,7	111,5*
<i>Nachrichtlich: TZS pro US\$</i>	<i>579,98</i>	<i>612,12</i>	<i>664,67</i>	<i>744,76</i>	<i>800,41</i>	<i>876,41</i>	<i>966,58</i>
Prozent Sozialausgaben/BSP	3,40	3,72	4,41	3,90	4,77	5,27	-
Prozent Verteidigung/BSP	1,35	1,20	1,14	1,09	1,08	1,09	-

\* Haushaltsvorgabe; nicht die tatsächlichen Ausgaben

## II. Haushaltsplanung und -umsetzung

Der Budgetprozess Tansanias wird durch eine Reihe von Kontroll- und Beobachtungsmechanismen begleitet. So wird seit 1997 jährlich eine *Public Expenditure Review* (PER) unter Aufsicht der Weltbank durchgeführt. Die PER konzentriert sich allerdings ausschließlich auf die im PRSP von 2000 identifizierten "priority sectors". Seit 1998 hält sich die Haushaltsplanung darüber hinaus an ein auf nationale Armutsminderung ausgerichtetes *Mid-Term Expenditure Framework* (MTEF).

Die Rechnungsführung in den tansanischen Ministerien wird seit Juli 2000 mit Hilfe des computergestützten *Integrated Finance Management System* (IFMS) abgewickelt. Laut PER 2001 wird die Einführung des IFMS die Transparenz öffentlicher Finanzplanungen insgesamt erhöhen.<sup>77</sup>

Das *National Audit Office* (NAO), ehemals das *Office of the Controller and Auditor General* (OCAG), ist der zentrale Rechnungshof des Landes. Das NAO erstellt jährlich zwei separate Rechnungsprüfungen, eines der nationalen Ministerien und eines der lokalen Behörden. Die PER 2003 bezeichnet die Berichte des NAO als insgesamt „nützlich“, da sie wichtige Informationen zur Effizienz der Budgetumsetzung und dem Ausmaß möglicher Ressourcenverschwendung enthalten.<sup>78</sup>

<sup>77</sup> PER 2001, S. v: "The government has introduced the Integrated Financial Management System (IFMS), which when fully operational would permit improved transparency of public financial operations through real time information, and better controls through centralized payments and procurement processing."; siehe auch Weltbank, "Tanzania at the Turn of the Century: Background Papers and Statistics", Februar 2002, S.185.

<sup>78</sup> Government of Tanzania & World Bank, *Public Expenditure Review FY03*, Juni 2003, S. 35-38.

Obwohl die NAO unter Personalmangel leidet, von dem wiederum Qualität und Pünktlichkeit der Berichterstattung beeinträchtigt werden, spielt sie einem Weltbankbericht zufolge, eine zentrale Rolle bei der Gewährleistung der sachgemäßen Verwendung öffentlicher Gelder.<sup>79</sup> Zudem bescheinigt sowohl die PER 2003 als auch die Weltbank dem NAO über die letzten zwei Jahre erhebliche Verbesserungen in der Berichterstattung.<sup>80</sup>

Drei Probleme des NAO werden allerdings besonders herausgestellt. Das erste betrifft die regelmäßige Verspätung bei der Veröffentlichung der Prüfergebnisse. Die PER 2003 berichtet von einer durchschnittlichen Verzögerung von sechs Monaten bei der Rechnungsprüfung nationaler Behörden (siehe Tabelle E). Als Gründe werden zum einen eingeschränkte Kapazitäten sowie häufige Stromausfälle angeführt. Zum anderen stellt aber auch die immer wieder verspätete Antwort von Ministerien auf Anfragen des NAO ein erhebliches Problem dar. Hier fehlt dem NAO das nötige legale Instrumentarium, um den fehlenden Willen seitens der Ministerien bei Bedarf auch mit Sanktionen zu bestrafen. Zwar hofft man mit der Einführung des IFMS das Verzugsproblem zu verringern, doch fehlt es häufig noch an den nötigen Fähigkeiten im NAO, um das System effektiv bedienen zu können.<sup>81</sup>

*Tabelle E – Tansania, Verzögerungen in der Fertigstellung der NAO Prüfungsberichte (Ministerien), Daten nach PER 2003, S. 36)*

	1997	1998	1999	2000	2001
Benötigt	Juli 98	Juli 99	Juli 00	Juli 01	Juli 02
Fertig	Oktober 98	Oktober 99	Dezember 00	Januar 02	Januar 03
Verzögerung	3 Monate	3 Monate	5 Monate	6 Monate	6 Monate

Die rechtzeitige Fertigstellung der NAO Prüfungsberichte ist entscheidend, um deren Wirkung bei der während des Budgetprozesses wiederholt vorgeschriebenen Parlamentsvorlage zu maximieren. Obwohl die Kontrollfunktion des Parlamentes bei der Budgetkontrolle also klar festgelegt ist, wird sie durch die chronische Verspätung der NAO Berichte in der Regel stark eingeschränkt.<sup>82</sup> Darüber hinaus besitzen nur wenige

---

<sup>79</sup> Weltbank, 2002, S. 164: "The OCAG plays a crucial role in ensuring the proper use of public funds. Even though the OCAG suffers from human resource constraints that affect the quality and timeliness of its reporting, the office has made substantial progress in improving the timeliness of its reporting, both at the central and the local level."

<sup>80</sup> PER 2003, S. 35-38 & Weltbank 2002, S. 163-64

<sup>81</sup> PER 2003, S. 35-38

<sup>82</sup> Ibid.

Parlamentarier die erforderlichen haushaltspolitischen Kenntnisse, um die ihnen angetragene Budgetübersicht angemessen wahrnehmen zu können.<sup>83</sup>

Die PER 2003 lobt ausdrücklich die seit Beginn des PER Prozesses 1997 deutlich angestiegene Beteiligung der Zivilgesellschaft am Budgetprozess.<sup>84</sup>

Die gerade im regionalen Vergleich trotz einiger Schwächen hohe Transparenz des tansanischen Staatshaushaltes spiegelt sich in einer alles in allem über die letzten Jahre deutlich verbesserten Effizienz bei der Budgetumsetzung wieder.<sup>85</sup> Dennoch gibt es ein paar erwähnenswerte Schwierigkeiten. Ganz besonders problematisch ist die, trotz Planungsprozess, Unvorhersehbarkeit der genauen Allokationen an die einzelnen Ministerien. So erhielten beispielsweise im Finanzjahr 1998 25 Ministerien und Behörden mehr als ursprünglich in der Haushaltsplanung vorgesehen, während 15 – darunter auch das Verteidigungsministerium – eine deutlich geringere Zuweisung für wiederkehrende Ausgaben erhielten.<sup>86</sup>

Ein zweites Problem betrifft die häufig aufgeschobene Allokation öffentlicher Mittel. So behielt im Finanzjahr 2002 das Finanzministerium zunächst 232.4 Milliarden tansanische Schilling für vorgemerkte Verwendungszwecke ein. Wie sich später herausstellte, wurde ein erheblicher Teil dieser Gelder aber nicht für die ursprünglich vorgesehenen Zwecke verwendet.<sup>87</sup>

Auch die weitverbreitete Korruption im öffentlichen Sektor ist ein großes Problem.<sup>88</sup> Im "Corruptions Perception Index 2003" von *Transparency International* befindet sich Tansania nur im unteren Länderdrittel.<sup>89</sup>

### *III. Transparenz von Militärausgaben*

Der allgemeine Trend zu mehr Transparenz im tansanischen Budgetprozess gilt zwar auch für den Verteidigungssektor, jedoch mit einigen erwähnenswerten Einschränkungen.

---

<sup>83</sup> Weltbank, 2002, S. 164-65

<sup>84</sup> PER 2003, S. v

<sup>85</sup> Ibid., S. ix

<sup>86</sup> Naschold & Fozzard, 2002, S. 17.

<sup>87</sup> PER, 2003, S. 30.

<sup>88</sup> Weltbank, 2002, S. 145.

<sup>89</sup> Mit einem Ergebnis von 2.5 (10 = nicht korrupt; 0 = sehr korrupt) erreicht Tansania Platz 92. Siehe: *Transparency International*, "Corruptions Perception Index 2003"; [http://www.transparency.org/pressreleases\\_archive/2003/2003.10.07.cpi.en.html](http://www.transparency.org/pressreleases_archive/2003/2003.10.07.cpi.en.html).

Interessanterweise war das Verteidigungsministerium eine der letzten Behörden, die in das IFMS integriert wurden.<sup>90</sup>

In offiziellen Berichten zu den öffentlichen Ausgaben Tansanias wird der Verteidigungsbereich regelmäßig ausgeklammert. Die PERs konzentrieren sich ausschließlich auf die "priority sectors" (Bildung, Gesundheit, Wasser, Infrastruktur, Landwirtschaft). Die effiziente Umsetzung des Verteidigungsbudgets wird in keiner PER untersucht (2001 und 2003). Auch im PRSP 2000,<sup>91</sup> sowie im MTEF findet der Militärssektor keine besondere Erwähnung. Das *Public Sector Reform Project* der Weltbank in Tansania befasst sich ebenso nicht mit Fragen der Militärausgaben.

Tansania leitet Angaben zu Militärausgaben nicht an die Vereinten Nationen und an den Internationalen Währungsfond weiter.

Interessanterweise werden im Verteidigungssektor anfallende Verwaltungskosten scheinbar nicht zu dem offiziellen Verteidigungsbudget hinzugerechnet. Die der PER 2003 angehängte Aufschlüsselung des Staatshaushaltes trennt die unter der Rubrik „Verwaltung“ anfallenden Ausgaben für "Defense and National Security" von der darauf folgenden Rubrik "Defense and Security". Indes umfasst letztere Rubrik neben den militärischen Kosten auch die Ausgaben für Polizei und Gefängnisverwaltung sowie für den separat aufgeführten Wehrdienst. Die offiziellen Ausgaben für „Verteidigung“ berücksichtigen also allem Anschein nach weder die anfallenden Verwaltungskosten noch die für den Wehrdienst. Der 1999 erheblich ausgeweitete Wehrdienst, *Jeshi la Kujenga Taifa* („Armee für nationalen Aufbau“), nimmt zwar auch zivile Aufgaben wahr, beispielsweise die Errichtung von Regierungsgebäuden, ist aber dem Verteidigungsministerium zugeordnet.<sup>92</sup> Addiert man diese Kosten dem offiziellen Verteidigungsbudget hinzu, so ist der Militäretat im Zeitraum zwischen 1997 und 2003 um durchschnittlich etwa 20 Prozent höher (siehe Tabelle F).

---

<sup>90</sup> Government of Tanzania, "Letter of Intent and Technical Memorandum of Understanding", 18. Juli 2000: <http://www.imf.org/external/np/loi/2000/tza/02/index.htm>.

<sup>91</sup> Ebenso gibt es keine Erwähnung im PRSP *Progress Report* vom April 2003 (<http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2003/cr0396.pdf>).

<sup>92</sup> *The East African*, "Revive the Youth Army", 11-17. August 1999.

Tabelle F – Tansania, Vergleich Verteidigungsbudget mit Verwaltungskosten und Wehrdienstkosten, (Daten nach PER 2003, S.188)

	1996/97	1997/98	1998/99	1999/00	2000/01	2001/02	2002/03
Verteidigung Milliarden TZS (Ist-Ausgaben)	63,5	66,7	73,2*	78,5	89,2	99,7	111,5*
Wehrdienst Milliarden TZS (Ist-Ausgaben)	7,5	8,9	11,8	10,9	12,5	16,2	20,4
Verwaltung Milliarden TZS (Ist-Ausgaben)	1,7	5,2	3,1	2,3	5,1	4,4	11,7
<b>GESAMT</b> Milliarden TZS	<b>72,2</b>	<b>80,8</b>	<b>88,1</b>	<b>91,7</b>	<b>106,8</b>	<b>120,3</b>	<b>143,6</b>
Prozent von offizieller Angabe	113,70	121,14	120,36	116,82	119,73	120,67	128,79
<i>Nachrichtlich: TZS pro US\$</i>	<i>579,98</i>	<i>612,12</i>	<i>664,67</i>	<i>744,76</i>	<i>800,41</i>	<i>876,41</i>	<i>966,58</i>

\* Haushaltsvorgabe; nicht die tatsächlichen Ausgaben

#### IV. Probleme bei der Umsetzung des Verteidigungsbudgets

##### Beschaffung

2001 bezog Tansania für 40 Millionen US\$ von BAe Systems ein für militärische Zwecke geeignetes Luftleitsystem. Nach Angaben der Weltbank war dieser Kauf sowohl überteuert als auch überflüssig. Es ist nicht klar, aus welchem Budget diese Beschaffung finanziert wurde.<sup>93</sup>

##### Unterfinanzierung

Die durch die Bevorteilung der "priority sectors" bei der Budgetallokation verursachte Unterfinanzierung des Militärs hat zu erheblichen Finanzierungsrückständen geführt. Laut des NAO Berichtes für das Finanzjahr 1999 machen alleine die Polizei, die Gefängnisverwaltung und das Militär 75 Prozent aller aufgelaufenen Zahlungsrückstände aus, insgesamt 43,2 Milliarden tansanische Schilling (58,0 Mio. US\$). Wie die PER 2001 vermerkt, wurden die meisten Finanzierungsrückstände ("arrears")

<sup>93</sup> David Hencke et.al., "Tanzania aviation deal a waste of money", *Guardian*, London, 14. Juni 2002.

interessanterweise in genau den Ministerien angesammelt, in denen das IFMS als letztes eingeführt wurde.<sup>94</sup>

#### V. Eigene Einschätzung

Die tansanischen Militärausgaben sind im regionalen und weltweiten Vergleich gering. Tansania hat in den letzten Jahren sein Verteidigungsbudget zu Gunsten der Armutsminderung deutlich reduziert. Trotzdem sind in der Vergangenheit überflüssige und überteuerte Beschaffungsmaßnahmen durchgeführt worden. Da die Streitkräfte nicht der Finanzlage entsprechend verkleinert worden sind, gibt es tendenziell Finanzierungsrückstände im Verteidigungssektor.

Obwohl sich die Planung und Umsetzung des Staatshaushaltes nach Einschätzung der Weltbank seit 2000 im Allgemeinen erheblich gebessert hat, sind einige Probleme bestehen geblieben. Dazu gehört, dass der Verteidigungssektor in vielen offiziellen Dokumenten zum tansanischen Staatshaushalt, einschließlich solcher die mit internationalen Finanzinstitutionen zusammen erarbeitet werden, bis auf die Nennung von Globalzahlen weitgehend unberücksichtigt bleiben (PERs, MTEF, PRSP). Das Verteidigungsministerium genießt zudem keine hohe Priorität bei nationalen Programmen zur Verbesserung des Budgetprozesses (IFMS). Die vorhandenen offiziellen Angaben zum Verteidigungsbudget sind verwirrend und scheinen Verwaltungskosten sowie Wehrdienstkosten auszuklammern.

## 6. Uganda

### I. Allgemeine Informationen über den Militärssektor

Uganda verfügt über einen im regionalen Vergleich starken Sicherheitssektor, der aus den ca. 60.000 Soldaten der regulären Streitkräfte (*Ugandan People's Defence Force – UPDF*) und ca. 2.000 Angehörigen von paramilitärischen Grenzschutztruppen und ähnlicher Formationen besteht.<sup>95</sup> Dazu kommen noch mindestens 15.000 (andere Quellen sprechen von bis zu 37.000) Angehörige von sog. *Local Defence Units (LDU)* im umkämpften Norden Ugandas, die von der UPDF ausgebildet und bewaffnet werden, ihren Sold jedoch aus dem Haushalt des Innenministeriums beziehen. Die UPDF entstand aus der *National Resistance Army* des

---

<sup>94</sup> PER 2001, S. 45-47.

<sup>95</sup> IISS: *The Military Balance 2003-2004*, S. 226.

heutigen Präsidenten Yoweri Museveni und bleibt weiterhin eng mit der politischen Elite des Landes verbunden. Präsident Museveni war selbst bis April 2004 aktiver Offizier im Generalsrang in der UPDF und schied erst aus dem Militärdienst aus, als ein neues Gesetz die Unvereinbarkeit von politischen und militärischen Ämtern regelte.<sup>96</sup>

Die Verteidigungsausgaben Ugandas werden wesentlich durch zwei Faktoren bestimmt: einerseits die regionale und nationale Sicherheitssituation und andererseits die Haltung internationaler Geber, die seit den neunziger Jahren eine wichtige Rolle bei der Stabilisierung des ugandischen Staatshaushalts spielen und die Entwicklung des Verteidigungshaushalts kritisch verfolgen. Im regionalen Kontext hat Uganda seit 1997 eine wichtige Rolle in der Demokratischen Republik Kongo (DRK), zuerst als Unterstützer (zusammen mit Ruanda) der erfolgreichen Rebellion von Laurent Kabila gegen das Mobutu-Regime, und seit 1998 als Schutzmacht verschiedener bewaffneter Gruppen im Norden und Osten der DRK. Fünf Jahre lang (von 1998 bis 2003) waren auch Einheiten der UPDF in der DRK stationiert, die letzten 1.000 Soldaten wurden erst im Mai 2003 aus der Ituri-Provinz abgezogen.<sup>97</sup> Auch in Uganda selbst bleibt die Sicherheitssituation angespannt; im Norden des Landes operiert die *Lord's Resistance Army (LRA)*, deren ca. 1.500 Angehörige auch 2003/04 einen von großer Brutalität gekennzeichneten Guerillakrieg gegen die UPDF führten. Die Regierung versuchte 2003/04 im Rahmen der Militäroffensive "*Iron Fist*" die LRA entscheidend zu schwächen, konnte jedoch trotz Geländegewinne keinen Sieg erzielen. Weitere kleinere Rebellenbewegungen, wie etwa die *Allied Democratic Forces (ADF)*, die im Westen und Süden Ugandas operieren, blieben in den vergangenen Jahren militärisch eher passiv.

Die angespannte Sicherheitssituation stellt eine Belastung für den Verteidigungshaushalt dar, wobei die Haltung der internationalen Geber in diesem Punkt in der Vergangenheit ambivalent war. Ugandische Presseberichte und auch offizielle ugandische Haushaltsdokumente erwähnen regelmäßig eine Begrenzung der Verteidigungsausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts als Bedingung für weitere internationale

---

<sup>96</sup> "Museveni Quits Army", *New Vision* (Kampala), 6. April 2004.

<sup>97</sup> Nach Angaben der UN-Mission im Kongo befinden sich auch im April 2004 noch ca. 2.000 ehemalige ugandische Soldaten in der DRK, ein Vorwurf der von der UPDF zurückgewiesen wird. Vgl. "2,000 Ex-Fighters Still in Congo – UN", *The Monitor* (Kampala), 3. April 2004.

Hilfen,<sup>98</sup> wobei die ugandische Regierung die Position vertritt, dass diese künstliche Begrenzung des Verteidigungshaushalts die Sicherheit des Landes gefährde. Tatsächlich lagen die Militärausgaben Ugandas nach Berechnung unabhängiger Institute (SIPRI und IISS) seit dem Beginn des Kongokriegs 1997 je nach Quelle und Berichtsjahr zwischen 2,1 und 3,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (siehe Anhang V).

Die Bedeutung des Militärsektors wird auch deutlich, wenn man die Verteidigungsausgaben im Verhältnis zu den gesamten Staatsausgaben betrachtet. In den achtziger Jahren lag dieser Anteil im Schnitt bei 23 Prozent und erreichte 1988 mit 26 Prozent einen Höchststand. Die internationale Gebergemeinschaft ist bemüht, den Anteil des Verteidigungshaushalts an den Gesamtausgaben zu reduzieren und konnte in den neunziger Jahren durch die Unterstützung eines Demobilisierungsprogramms den Anteil der Verteidigungslasten auf unter 20 Prozent der Staatsausgaben senken. Nachdem der Anteil im Haushaltsjahr 1997/98 bei nur noch 14,8 Prozent lag, erhöhten sich die Militärausgaben im nächsten Jahr sprunghaft als Resultat der Intervention im Kongo. Das *Budget and Medium-Term Expenditure Framework* der WB für Uganda aus dem Dezember 2001 sah eine schrittweise Reduzierung der Verteidigungsausgaben bis zum Haushaltsjahr 2002/03 auf 13,3 Prozent der Gesamtausgaben vor (siehe Tabelle G).

Tabelle G) Uganda, Anteil der Verteidigungsausgaben in Prozent der gesamten Staatsausgaben<sup>99</sup>, in Mrd. Shs

	1994/95	1995/96	1996/97	1997/98	1998/99	1999/00	2000/01	2001/02	2002/03
Verteidigungs- ausgaben	19,6	18,8	18,4	14,8	19,8	15,5	14,0	13,7	13,3
Nachrichtlich: UGX pro US\$	979.4	968.9	1046.1	1083.0	1240.3	1454.8	1644.5	1755.7	1797.6

Tatsächlich führten die gestiegenen Verteidigungsausgaben zu Spannungen zwischen der ugandischen Regierung und den internationalen Gebern. So verweigerte der IWF 1999 die

<sup>98</sup> In öffentlich zugänglichen Dokumenten der Geber findet sich kein Hinweis auf diese Zielvorgabe. Vgl. auch Omitoogun, W.: *The Military Expenditure of African States: A Survey*, SIPRI Research Report No. 17, Oxford 2003, S. 98.

<sup>99</sup> WB: *The Budget and Medium-Term Expenditure Framework in Uganda*, Dezember 2001. Bei den Angaben für 2001/02 und 2002/03 handelt es sich um Planzahlen.

Auszahlung eines Teilkredites, da die ugandische Regierung im Haushaltsjahr 1998/99 die Vorgaben für den Militärhaushalt nicht eingehalten hatte.<sup>100</sup> Nach dem Ende der ugandischen Truppenpräsenz in der DRK scheint die Gebergemeinschaft eher bereit zu sein, die erhöhten Militärausgaben (jenseits der Grenze von zwei Prozent des BIP), die jetzt mit dem Kampf gegen die LRA begründet werden, zu akzeptieren. Bereits im August 2001 hatte sich der ugandische Präsident Museveni in einem Schreiben an die britische Entwicklungsministerin Clare Short für eine Aufweichung dieser Grenze eingesetzt, eine Position die 2002 erstmals auch von UNDP und von den Vereinigten Staaten von Amerika unterstützt wurde. Die ugandische Regierung konnte so mit Einwilligung der Geber für die Haushaltsjahre 2002/03 und 2003/04 jeweils 10 Milliarden Shs (5,5 Mio. US\$) zusätzlich in den Verteidigungshaushalt bereitstellen, die durch Kürzungen bei anderen Ministerien eingespart wurden. Dies führte dazu, dass die ugandischen Militärausgaben im Haushaltsjahr 2002/03 nach SIPRI-Angaben um 20 Prozent über den Ausgaben des Jahres 2000/01 und um 27 Prozent über den Ausgaben für 1998/99 lagen.<sup>101</sup>

### *II. Haushaltsplanung und -erstellung*

Nach Einschätzung der WB hat Uganda in den neunziger Jahren wesentliche Fortschritte im Bereich der Haushaltsplanung gemacht. So stellt die Bank 2002 fest, dass *“over the past five years, Uganda has made systematic strides in making its budget process more open and has build up the capacity of various stakeholders to ensure quality participation in the budget process”*.<sup>102</sup> Diese Maßnahmen haben dazu geführt, dass einerseits die Transparenz des Haushaltsprozesses verbessert und andererseits die Ausgabensteuerung verbessert wurde. So wichen die tatsächlichen Ausgaben noch Anfang der neunziger Jahre um bis zu 25 Prozent von den Planzahlen ab, während im Haushaltsjahr 2001/02 diese Abweichungen bei weniger als 5 Prozent lagen. Dabei bestehen jedoch wesentliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ministerien, neben dem Bereich der allgemeinen öffentlichen Verwaltung sticht besonders der Sicherheitshaushalt (der neben den tatsächlichen Verteidigungsausgaben auch die Ausgaben für die Geheimdienste enthält) durch systematische Mehrausgaben verglichen mit den Planzahlen hervor.

---

<sup>100</sup> Vgl. SIPRI Jahrbuch 2000, S. 297.

<sup>101</sup> Vgl. SIPRI Jahrbuch 2003, S. 327-328.

<sup>102</sup> WB: *The Republic of Uganda Public Expenditure Review*, 23. September 2002, S. 11.

Das ugandische Parlament verfügt über einen Ausschuss für Verteidigung und innere Angelegenheiten, der die Haushaltsvorlage der Regierung beschließt. Diese Vorlage entsteht nach einem Konsultationsprozess innerhalb des Sicherheitssektors und nach Abstimmung zwischen den verschiedenen Ministerien. Bemerkenswert ist die vergleichsweise große Offenheit, mit der im Parlament über den Verteidigungssektor diskutiert wird und die kritische Berichterstattung in den ugandischen Printmedien zu diesem Thema.

Trotz dieses relativ transparenten Gesetzgebungsverfahrens bleibt weiterhin unklar, auf welcher Basis die Bedarfsanalyse für die Haushaltsplanung durchgeführt wird. Die öffentlich zugänglichen Haushaltszahlen unterscheiden drei Unterkategorien für den Verteidigungshaushalt:

- Löhne und Gehälter (“*recurrent wage expenditure*”)
- Ausgaben für Ausbildung und Betrieb (“*recurrent non-wage expenditure*”)
- Investitionen (“*development*”).

Eine Analyse der Verteidigungsausgaben der Haushaltsjahre 1997/98 bis 2001/02 zeigt deutlich, dass Löhne und Gehälter sowie die Betriebsausgaben den weitaus größten Teil der bereitgestellten Gelder für den Sicherheitssektor binden. Investitionsausgaben – und dazu gehören auch Ausgaben für neue Waffensysteme – stellen dagegen nur einen verschwindend geringen Teil der Verteidigungsausgaben dar (siehe Tabelle H).

*Tabelle H – Zusammensetzung der Verteidigungsausgaben Ugandas, in Mrd. UGX<sup>103</sup>*

	1997/98	1998/99	1999/00	2000/01	2001/02
Wage	33,92	74,93	107,78	113,57	108,40
Non-Wage	85,32	120,73	78,86	69,73	85,84
Development	1,54	7,4	4,36	5,24	4,16
Nachrichtlich: UGX pro US\$	1083.0	1240.3	1454.8	1644.5	1755.7

Vor dem Hintergrund dieser Daten scheint es wahrscheinlich, dass die Planung des Verteidigungshaushalts auf der Basis der bestehenden Truppenstärke und der damit verbundenen Betriebskosten geschieht. Die Beschaffung von neuen Waffensystemen scheint in der Regel über andere

---

<sup>103</sup> Vgl. WB: The Budget and Medium-Term Expenditure Framework in Uganda, Africa Region Working Paper Series No. 24, Dezember 2001, S. 14 und WB: Public Expenditure Review, 23. September 2002, S. 92ff.

Haushaltsposten finanziert zu werden und nicht über die eigentlich für Investitionen vorgesehene “*Development*” Kategorie des Verteidigungshaushalts. Zumindest lassen sich die relativ hohen Kosten für verschiedene zwischen 1997 und 2002 angeschaffte Großwaffensysteme nicht aus diesem Haushaltsposten decken.

Seit 1997 arbeitet die ugandische Regierung am “*Ugandan Defence Reform Programme*” mit dem Ziel, den Haushaltsprozess im Sicherheitsbereich zu verbessern. Im Juli 1999 wurde mit Unterstützung von DFID die “*Uganda Defence Efficiency Study*” erstellt, die für eine bessere Planung der Verteidigungsausgaben sorgen soll.<sup>104</sup> Im Dezember 2003 veröffentlichte Uganda auch ein Weißbuch zur Verteidigungspolitik, dessen Schlussfolgerungen im Frühjahr 2004 im Parlament beraten werden. Es enthält unter anderem ein umfangreiches Beschaffungsprogramm, das, über 15 Jahre, 5.4 Billionen UGX (3 Milliarden US\$) kosten soll. Dies ist von den Gebern kritisiert worden.<sup>105</sup>

### *III. Militärausgaben in der offiziellen nationalen und internationalen Berichterstattung*

Offizielle Angaben über die geplanten und tatsächlichen Verteidigungsausgaben finden sich in verschiedenen offiziellen Dokumenten. Das ugandische *Ministry of Finance, Planning and Economic Development* veröffentlicht jährlich die *Budget Speech* des Finanzministers im Parlament, welche die wichtigsten Daten für das nächste Haushaltsjahr enthält. Ergänzend dazu existiert der im gleichen Monat erscheinende Report *Background to the Budget*, welcher ebenfalls die wichtigsten Daten des neuen Haushaltsjahrs sowie Informationen über die tatsächliche Budgetumsetzung der vergangenen Jahre enthält wie auch einen Überblick über die makroökonomische Entwicklung Ugandas im Berichtszeitraum. Weiterhin gibt das Ministerium vierteljährliche, halbjährliche und jährliche *Budget Performance Reports* heraus, welche die tatsächliche Umsetzung des Haushalts analysieren; diese erscheinen relativ zeitnah zum Berichtszeitraum, so etwa im November 2002 für das erste Quartal des Haushaltsjahrs 2002/03 (Juli-September 2002). Neben diesen Publikationen existiert noch der jährliche *Statistical Abstract*, der ebenfalls Informationen zu den Verteidigungsausgaben enthält. Alle offiziellen Publikationen enthalten den Verteidigungshaushalt nur in stark aggregierter

---

<sup>104</sup> Vgl. [www.defenceuganda.mil.ug](http://www.defenceuganda.mil.ug).

<sup>105</sup> New Dawn (Kampala), 7. Mai 2004.

Form, d. h. es werden lediglich die drei oben beschriebenen Unterkategorien angeboten.

Die ugandische Regierung macht Angaben zu den Verteidigungsausgaben an den Internationalen Währungsfond (siehe Anhang V, GFSY).

Weiterhin enthalten auch die wesentlichen internationalen Dokumente zur Entwicklungsplanung Angaben zu den ugandischen Verteidigungsausgaben. Hier sind *The Budget and Medium-Term Expenditure Framework in Uganda* und die *Public Expenditure Review (PER)* der Weltbank zu nennen. Insbesondere das letztere Dokument weist geringfügig detailliertere Informationen als die oben erwähnten ugandischen Quellen auf. So unterscheidet die PER im Sicherheitshaushalt zwischen den Ausgaben für die Geheimdienste und für das Militär, verweist auf die Finanzierung der LDU aus dem Haushalt des Innenministeriums und weist auch Angaben zu Pensionslasten für ehemalige Militärangehörige auf.

#### *IV. Probleme der offiziellen Daten*

Die offiziellen ugandischen Daten weisen eine Reihe von Schwachstellen auf. Wie bereits erwähnt, stehen die im Verteidigungshaushalt ausgewiesenen Investitionsausgaben in keiner Relation zu den verifizierten (und von ugandischer Seite auch nicht bestrittenen) Importen von Großwaffensystemen. Dies deutet darauf hin, dass die offiziellen Daten sich im wesentlichen auf die Personal- und Unterhaltskosten der regulären ugandischen Streitkräfte (UPDF) beziehen und größere Beschaffungsvorhaben aus Sonderhaushalten bestritten werden. Diese Sonderhaushalte sind geheim und unterliegen daher nicht der Kontrolle des ugandischen Rechnungshofs, ob eine Kontrolle durch das Parlament erfolgt, ist unbekannt, erscheint aber zweifelhaft. Für das Jahr 2002 erwähnt IISS eine Gesamtsumme von 111 Mio. US\$ für „geheime Aufgaben“.

Im Einzelfall wurden auch andere Haushalte zur Finanzierung von militärischen Aufgaben herangezogen, dies gilt insbesondere für den Haushalt des Innenministeriums. Aus diesem Haushalt werden die Soldzahlungen an die mindestens 15.000 Angehörigen der LDU finanziert. Im Einzelfall werden auch militärische Güter über den Haushalt des Innenministeriums beschafft, so sollen etwa im Rahmen eines Nachtragshaushalts für 2003/04 Transportpanzer (*Armoured Personnel Carriers – APCs*) im Wert von 4,47 Milliarden Shs (2,3 Mio. US\$) beschafft werden. Dies wurde im ugandischen Parlament mit der Notwendigkeit begründet, die Hilfstransporte internationaler Organisationen im

umkämpften Norden zu schützen.<sup>106</sup> Auch Omitoogun beschreibt die Praxis, den Haushalt des Innenministeriums als Verschiebebahnhof für Verteidigungsausgaben zu nutzen – er zitiert einen Bericht des ugandischen Rechnungshofs aus dem Jahr 2001, wonach im Haushaltsjahr 2000/01 mehr als 8 Milliarden Shs (4,7 Mio. US\$) aus dem Haushalt des Innenressorts zur UPDF transferiert wurden, um Gehälter und Betriebskosten zu decken.<sup>107</sup>

Problematisch ist weiterhin, dass auch die Einnahmen der UPDF aus wirtschaftlicher Tätigkeit weitgehend im Dunkeln bleiben. Hierbei handelt es sich im wesentlichen um die Unternehmensgruppe *National Enterprise Corporation* (NEC), die unter anderem Waffen und Munition, aber auch Medikamente für den nationalen und internationalen Markt herstellt. Wie hoch diese Einnahmen sind ist nicht bekannt, allerdings nahm das Verteidigungsministerium im Haushaltsjahr 2001/02 insgesamt 97 Milliarden Shs (56,3 Mio. US\$) ein, während im ersten Halbjahr des Haushaltsjahrs 2002/03 dieselbe Einnahmekategorie nur 1,5 Milliarden Shs (0,9 Mio. US\$) erbrachte. Nach den ugandischen Haushaltsgrundsätzen müssen alle Einnahmen von Ministerien an das Finanzministerium zur weiteren Verwendung abgeführt werden. Allerdings ist es mit Blick auf die chronische Finanznot der UPDF sehr zweifelhaft, ob dies auch in vollem Umfang geschieht. Sollte dies nicht der Fall sein, dann besteht hier möglicherweise eine weitere Quelle für einen verborgenen Verteidigungshaushalt.

Die Ursache für die Verschleierung der Rüstungsimporte und für die Nutzung von anderen Ressortbudgets sowie die regelmäßigen Nachtragshaushalte liegen zumindest teilweise in der von den internationalen Gebern geforderten Begrenzung der Militärausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die ugandische Regierung nutzt diese Instrumente bewusst, um die tatsächliche Höhe der Verteidigungsausgaben zu verschleiern.

#### *V. Haushaltsumsetzung, Beschaffungen*

In der Haushaltsumsetzung fällt der Verteidigungsbereich in den untersuchten Jahren durch besonders hohe Abweichungen von den Planzahlen auf (siehe nachstehende Tabelle). Dies gilt insbesondere für das Haushaltsjahr 1998/99, in dem die Abweichung 24,4 Prozent betrug und für das Haushaltsjahr 2002/03, in dem die Abweichung bereits im ersten Halbjahr 18,3

---

<sup>106</sup> "Defence Needs Sh4b for APCs", *New Vision* (Kampala), 24. Februar 2004.

<sup>107</sup> Omitoogun, W.: *The Military Expenditure of African States: A Survey*, SIPRI Research Report No. 17, Oxford 2003, S. 103.

Prozent betrug. Für diese Abweichungen, die im Regelfall durch Kürzungen in anderen Ressorts aufgefangen wurden, lassen sich die Ursachen in der ugandischen Intervention in der DRK und der UPDF-Operation "Iron Fist" gegen die LRA-Rebellen in Norduganda finden.

*Table 1 – Uganda, Abweichungen der tatsächlichen Verteidigungsausgaben von den Planzahlen<sup>108</sup>, In Mrd. Shs, Ab = Abweichung in Prozent*

1997/98			1998/99			1999/00		
Plan	Real	Ab	Plan	Real	Ab	Plan	Real	Ab
117	120	2,8	163	203	24,4	194	191	-1,4

2000/01			2001/02			2002/03		
Plan	Real	Ab	Plan	Real	Ab	Plan	Real	Ab
209,8	208,4	-0,5	229	237	3,8	261,7	154,7	18

Auch bei der Beschaffung von militärischen Gütern herrscht ein ausgesprochener Mangel an Transparenz – wie bereits erwähnt, werden größere Beschaffungsvorhaben nicht aus dem Verteidigungshaushalt, sondern durch geheime Sonderhaushalte finanziert. In den vergangenen Jahren wurden verschiedene Fälle von Misswirtschaft und Korruption im Zusammenhang mit der Beschaffung von Großwaffensystemen aufgedeckt:

- 1998 kaufte Uganda zwei MI-24 Helikopter von der *Consolidates Sales Corporation*, die sich als nicht flugtüchtig herausstellten und ohne die vertraglich vereinbarten Ausrüstungsgegenstände geliefert wurden. Der Schaden für Uganda betrug je nach Quelle zwischen 7 und 13 Millionen US\$.
- 1999 warf ein ugandischer Parlamentarier der Regierung vor, für den Kauf von veralteten MiG-21 Kampflugzeugen aus Polen die überhöhte Summe von 50 Milliarden Shs (32,2 Mio. US\$) ausgegeben zu haben.
- 1999 importierte Uganda 62 veraltete T-55 Panzer über einen israelischen Waffenhändler aus der Ukraine. Diese waren nach ugandischen Zeitungsberichten in einem sehr schlechten Zustand, obwohl die ugandische Regierung je nach Quelle zwischen 450.000 und 750.000 US\$ pro Panzer zahlte.

<sup>108</sup> Diese Tabelle basiert auf verschiedenen offiziellen Quellen, insbesondere der PER und verschiedenen Budget Performance Reports. Für das Haushaltsjahr 2002/03 handelt es sich um die im ersten Halbjahr tatsächlich verausgabten Haushaltsmittel.

Die ugandische Regierung nutzt bei der Beschaffung von Großwaffensysteme häufig Zwischenhändler anstelle direkt mit den betreffenden Produzenten zu verhandeln. So wurde etwa der Kauf der MI-24 Helikopter durch den ugandischen Rennfahrer Emanuel Katto vermittelt, der über keine Kenntnisse des internationalen Waffengeschäfts verfügt. Auch der Bruder des Präsidenten, Generalmajor Salim Saleh, wurde wiederholt im Zusammenhang mit diesen Geschäften erwähnt.

Salim Saleh wurde auch in den Berichten der UN Expertenkommission zur Untersuchung der Plünderung der natürlichen Ressourcen des Kongo benannt, die sich mit den Aktivitäten der UPDF (und der anderer Akteure) während des Krieges in der DRK beschäftigt. Er wird zusammen mit anderen hohen ugandischen Offizieren beschuldigt, den Einsatz im Kongo zur persönlichen Bereicherung im großen Stil genutzt zu haben. Diese Anschuldigungen wurden auch von der in Uganda eingesetzten Untersuchungskommission, der sog. „Porter-Kommission“ im Wesentlichen bestätigt.

Auch wenn Salim Saleh mittlerweile seines Amtes enthoben wurde, scheint das Ausmaß der Korruption innerhalb der UPDF doch beträchtlich zu sein. Anfang 2004 wurden mehr als 50 Offiziere von ihren Funktionen entbunden, die im Verdacht stehen, sich durch Soldzahlungen für nicht existierende Soldaten, sog. „ghost soldiers“ bereichert zu haben.

#### *VI. Haushaltskontrolle*

Das ugandische Parlament hat eine zentrale Funktion bei der Überwachung des Verteidigungshaushalts. Die Rechte der Parlamentarier sind in den vergangenen Jahren – auch auf Druck internationaler Geber – deutlich gestärkt worden. Allerdings gibt es zwei wichtige Einschränkungen: die Aufsichtsfunktion der Parlamentarier wird durch die Arbeitskapazität und die Kenntnisse der Abgeordneten in diesem Gebiet beschränkt. Wie in anderen afrikanischen Parlamenten stehen den Abgeordneten nur wenige Mitarbeiter zur Seite, es herrscht eine fundamentale Ungleichheit zwischen den Verwaltungsressourcen der Exekutive und den Möglichkeiten der Parlamentarier. Dazu kommt die Tatsache, dass die geheimen Sonderhaushalte, aus denen z. B. Waffeneinkäufe finanziert werden, der Kontrolle der Parlamentarier entzogen sind. Trotz dieser Beschränkungen zeigt das ugandische Parlament ein großes Interesse am Militärhaushalt, der auch in den unabhängigen Zeitungen kritisch betrachtet wird.

Formal ist für die Rechnungsprüfung der ugandische Rechnungshof (*Auditor General's Office*) zuständig. Nach den

Artikeln 154 und 163 der ugandischen Verfassung ist der Rechnungshof für alle Haushaltsvorgänge zuständig und berichtet jährlich an das Parlament. In der Praxis leidet der Rechnungshof jedoch an einer Reihe von Einschränkungen. Der Haushalt des Rechnungshofs erlaubt nur eine relativ kleine Mitarbeiterzahl und auch der jährliche Bericht wird nur in einer sehr kleinen Auflage hergestellt. Mitarbeiter des Rechnungshof beklagen, dass seine Empfehlungen regelmäßig von der Exekutive ignoriert werden.<sup>109</sup> Schwerwiegender ist die Tatsache, dass der Rechnungshof die als geheim klassifizierten Haushaltsposten nicht überwacht, obwohl sein Mandat auch diesen Bereich umfasst.

### *VII. Eigene Einschätzungen*

Auch wenn die Haushaltplanung und (insbesondere parlamentarische) Kontrolle der Haushaltsumsetzung in den vergangenen Jahren verbessert wurde, so bleibt der Militärsektor doch aus Sicht der Entwicklungszusammenarbeit weiterhin ein kritischer Faktor. Eine wesentliche Rolle spielt hier die (mittlerweile leicht aufgeweichte) Begrenzung der Verteidigungsausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Diese künstliche Grenze, die mit Blick auf die ugandische Sicherheitssituation möglicherweise tatsächlich zu niedrig ist, hat dazu geführt, dass die ugandische Regierung Verteidigungsausgaben in anderen Ressorts versteckte und weitere Grundsätzen guter Haushaltsführung widersprechende Methoden anwandte, um die Gebergemeinschaft zufrieden zu stellen.

Die weiter oben angesprochenen Fälle von Korruption und Missmanagement, insbesondere im Beschaffungsbereich, werden durch die Verschleierung in Sonderhaushalten wesentlich begünstigt. Es wäre daher sehr wünschenswert, wenn zukünftig alle Verteidigungsausgaben auch im Verteidigungshaushalt verbucht würden. So könnte das Korruptionspotential, das durch die Nähe der UPDF zur herrschen Bewegung des Präsidenten erhöht wird, entschärft und das Beschaffungswesen der parlamentarischen Kontrolle unterworfen werden.

Dazu müssten allerdings Parlament und Rechnungshof auch materiell in die Lage versetzt werden, den Haushaltsprozess zu gestalten bzw. zu überwachen. Die Ausstattung mit qualifizierten Mitarbeitern und Sachmitteln sollte verbessert werden. Die Kontrollfunktion des Rechnungshofs muss auf die geheimen Sonderhaushalte ausgedehnt werden.

---

<sup>109</sup> Uganda Debt Network: *Dossier – Corruption in Uganda*, Kampala o.J., S. 12.

Positiv zu bewerten ist die Bereitschaft der Parlamentarier, sich mit Korruption in den Reihen der UPDF zu beschäftigen und die Verwendung von Haushaltsmitteln kritisch zu hinterfragen. Auch beide Zeitungen *New Vision* und *Monitor* berichten über Probleme in diesem Bereich. Die ugandische Justiz geht gegen Korruption im Sicherheitssektor vor.

## 7. Zusammenfassung und weiterführende Überlegungen

Die Ergebnisse der Untersuchungen zur Planung, Umsetzung, und Kontrolle der Militärausgaben sollen hier kurz zusammengefasst werden:

- **Äthiopien:** Die Militärausgaben sind sowohl im regionalen als auch im internationalen Vergleich, auch nach erheblichen Reduzierungen in den letzten Jahren, weiterhin hoch. Über die Planung der Militärausgaben konnte nichts in Erfahrung gebracht werden. Die Haushaltsdurchführung und -kontrolle, und damit auch die offiziellen Angaben zu den Militärausgaben, scheinen, gemessen an den anderen untersuchten Ländern und angesichts begrenzter Kapazitäten, relativ verlässlich. Eine Ausnahme bilden die Beschaffungsausgaben, die wohl zumindest in der Vergangenheit außerhalb des Verteidigungshaushalts finanziert wurden.
- **Burundi:** Die Haushaltsdisziplin ist insgesamt sehr gering. Die offiziell ausgewiesene Daten zu den Militärausgaben sind uneinheitlich, und es ist nicht zu erkennen, ob tatsächlich alle relevanten Ausgaben enthalten sind. Mit großer Wahrscheinlichkeit werden nicht unerhebliche Ausgaben außerhalb des offiziellen Verteidigungshaushalts finanziert. Die Kontrolle ist sehr schwach.
- **Kenia** hat vergleichsweise geringe Militärausgaben, vor allem auf Grund der geringen Personalstärke der Streitkräfte. Trotzdem bestehen große Probleme der Transparenz und Kontrolle. Die Bezahlung der Offiziere ist, im regionalen Vergleich, hoch, darüber hinaus bestehen erhebliche Zweifel an einer ordnungsgemäßen Durchführung der Militärhaushalte. Trotz gegenteiliger Bestimmungen und offizieller Politik ist die Transparenz, insbesondere was Beschaffungen angeht, begrenzt.
- **Tansania:** Tansania hat im regionalen und weltweiten Vergleich besonders geringe Militärausgaben, die in den letzten Jahren zu Gunsten von Sozial- und Entwicklungsausgaben weiter zurückgeschraubt worden sind. Die Transparenz und Kontrolle der tansanischen öffentlichen

Ausgaben ist vergleichsweise gut, allerdings entsprechen die Angaben zu Militärausgaben nicht international üblichen Abgrenzungen und sind im Detail schwer nachvollziehbar.

- Die *ugandischen* Militärausgaben sind trotz, oder möglicherweise gerade wegen, der Vorgaben einer Deckelung durch die internationale Gebergemeinschaft von zwei Prozent des BSP wenig transparent. Die ugandische Regierung hat verschiedene Wege beschritten, um die nach ihrer Ansicht notwendigen Ausgaben für bewaffnete Kräfte zu tätigen, ohne dass die offiziellen Militärausgaben dies vollständig widerspiegeln. Das betrifft zum Beispiel die Finanzierung paramilitärischer Verbände und von Beschaffungen, aber auch die Einnahmen aus wirtschaftlichen Aktivitäten der Streitkräfte, z. B. in der Rüstungsproduktion. Korruption ist ein großes Problem in den Streitkräften.

In allen untersuchten Ländern besteht erheblicher Bedarf an einer Verbesserung von *public expenditure policy* und *public expenditure management*. Auch dort, wo allgemein in den letzten Jahren Verbesserungen in Haushaltsumsetzung und -kontrolle gemacht worden sind (mit Ausnahme Burundis in allen untersuchten Ländern), scheint der Militärbereich davon wenig berührt worden zu sein, zumindest legen dies die entsprechenden Dokumente (PER, PRSPs) nahe, in denen der Verteidigungssektor gar nicht, oder nur marginal, Erwähnung findet. Auf dem Hintergrund dieses allgemeinen Befundes sollen noch folgende spezifische Anmerkungen gemacht werden:

- *Äthiopien*: Nicht zuletzt auf Grund des hohen Grades externer Finanzierung sind vielfältige Bemühungen zur weiteren Verbesserung der Haushaltsdisziplin angelaufen, mit insgesamt gutem Erfolg. Der Bereich der Streitkräfte und des Verteidigungsministeriums scheint hiervon allerdings bisher nur am Rande berührt worden zu sein. Die Gründe hierfür konnten nicht ermittelt werden. Großer Verbesserungsbedarf scheint insbesondere bei der Planung, weiterer Bedarf bei der Kontrolle durch Parlament und Rechnungshof zu bestehen.
- *Burundi*: Erst mit dem endgültigen Ende der militärischen Auseinandersetzungen ist mit einer Verbesserung des *public expenditure managements* in Burundi zu rechnen. Allerdings dürften die EZ-Geber großes Interesse an raschen Reformen haben, nicht zuletzt auf Grund der Erwartungen einer „Friedensdividende“ als Folge der geplanten umfangreichen, zum Großteil extern finanzierten Demobilisierung von Kombattanten.

- **Kenia:** Die Bemühungen der neuen kenianischen Regierung um größere Haushaltsdisziplin, Bekämpfung der Korruption und größere Transparenz scheinen bisher auf den Militärbereich noch nicht durchgeschlagen zu haben. Verbesserungsbedarf besteht – über eine allgemeine Verbesserung des *public expenditure managements* in Kenia – vor allem beim Beschaffungswesen und bei der Haushaltsplanung.
- **Tansania:** Haushaltsdisziplin und -kontrolle sind in den letzten Jahren verbessert worden, mit einigen Verzögerungen beginnen Verbesserungen auch im Verteidigungsministerium zu greifen. Hier besteht aber weiterer Raum für Reform, insbesondere in der umfassenden Erfassung und Darstellung aller relevanten Ausgaben.
- **Uganda:** In keinem Land der Region besteht über die Militärausgaben ein derart intensiver Dialog zwischen der Regierung und der internationalen Gebergemeinschaft wie in Uganda. Dieser Dialog hat einige interessante Ergebnisse hervorgebracht, insbesondere einige mit britischer Unterstützung erstellte Studien und ein umfassendes Planungsdokument (Weißbuch). Auch in Uganda selbst ist einiges zur Verbesserung der Überwachung geschehen. Als nächster Schritt, nach der Planung, müssen jetzt Haushaltsdurchführung und -kontrolle umfassend verbessert werden, sollen die guten Ansätze nicht verpuffen.

#### *Empfehlung weiterführender Untersuchungen*

Für diese Kurzanalyse konnte nur eine beschränkte Anzahl von Dokumenten ausgewertet werden, der Zeithorizont war gering. In allen Ländern außer Burundi könnten vertiefende Studien durchgeführt werden, hierfür wären Länderaufenthalte und möglicherweise Vor-Ort Recherchen bei IWF und Weltbank in Washington, DC notwendig. In diesen vertiefenden Analysen müssten weitere, insbesondere nationale, Dokumente gesammelt werden sowie Interviews in Verteidigungsministerien, Finanzministerien, mit Parlamentariern, Vertretern von NGOs und an Botschaften durchgeführt werden. In Burundi dürfte eine solche Studie erst nach weiteren Fortschritten im Friedensprozess sinnvoll sein. In den anderen Ländern hingegen scheinen die Voraussetzungen für solche Studien gegeben. Mit ihnen könnte etwas mehr Licht in einen bisher wenig transparenten Bereich des *public expenditure work* gebracht werden, der in Gefahr steht, von allgemeinen Tendenzen der Verbesserungen ausgenommen zu werden.

### *Prioritäten für Reform*

Für eine weitergehende Einbeziehung der Militärausgaben in PEW sind in allen Fällen gute Gründe zu finden. Auch die Voraussetzungen sind in allen Ländern, mit der gegenwärtigen Ausnahme Burundis, relativ gut. Am weitesten gediehen sind diese Bemühungen in Uganda. In Äthiopien müssten die allgemeinen Verbesserungen im PEM stärker auf den Verteidigungsbereich ausgedehnt werden, in Kenia sollte bei der notwendigen umfassenden Reform des Haushaltswesens der Verteidigungsbereich nicht ausgenommen werden.

Reformbedarf besteht für alle Elemente des Haushaltszyklus. Mit Ausnahmen Ugandas (Weißbuch-Prozess) scheint es in keinem Land eine Planung der Militärausgaben zu geben, die dieses Etikett verdient. Haushaltsumsetzung ist in allen Ländern problematisch, insbesondere was Beschaffungen angeht. Dasselbe gilt für die Kontrolle, wobei die Kapazität von Parlamenten und Rechnungshöfen ein größeres Problem zu sein scheint als die rechtliche Zuständigkeit. Öffentliche Diskussionen über Militärausgaben gibt es vor allem in Uganda, in beschränktem Maße auch in Kenia und Tansania, wobei dies stärker einzelne Beschaffungsskandale betrifft, als Fragen der Transparenz oder Gesamthöhe.

### *Akteure*

Wie eingangs festgestellt, ist die mangelhafte Umsetzung der Grundsätze von PEW einerseits ein Problem für die optimale Allokation vorhandener Haushaltsmittel in den betroffenen Ländern, andererseits aber auch ein Problem für die Geber, insbesondere wenn sie in größerem Umfang Budgethilfe leisten. Nicht zuletzt um möglicher öffentlicher Kritik begegnen zu können, dass Budgethilfe in den Empfängerländern de facto zur Finanzierung von Streitkräften und Waffenbeschaffungen genutzt wird, haben eine Reihe von Gebern ein stärkeres Interesse an der Verbesserung von PEW auch im Bereich der Militärausgaben entwickelt. Allerdings hat dies bisher nur in beschränktem Umfang zu einer verstärkten Einbeziehung von Militärausgaben in PEW geführt, in den Untersuchungsländern und auch in anderen Ländern:

- Weltbank und internationaler Währungsfonds, die insgesamt im Bereich von PEW eine Führungsrolle haben, sehen Probleme mit ihrem Mandat, das die Einmischung in

politische Fragen verbietet<sup>110</sup>. Anders als in anderen Sektoren, in denen eine Befassung mit inhaltlichen Fragen, mit Zielfindung und sektoraler Programmentwicklung, als integraler Bestandteil von PEW begriffen wird, wird schon in der Analyse, insbesondere aber der Bewertung der Angemessenheit der Höhe und Zusammensetzung der Militärausgaben als unzulässige Einmischung in die Politik der Empfängerstaaten von Zuschüssen und Krediten angesehen. Erlaubt ist Mitarbeitern, nach übereinstimmenden Voten aus beiden Organisationen, lediglich auf die entwicklungshemmenden Auswirkungen hoher Militärausgaben aufmerksam zu machen.

- In einzelnen Fällen, darunter Uganda, haben die Geber, einschließlich Weltbank und internationaler Währungsfonds, das Problem der aus ihrer Sicht zu hohen Militärausgaben als so gravierend angesehen, dass sie ihre Hilfe an eine Deckelung der Militärausgaben gekoppelt haben. Das Beispiel Uganda zeigt die Probleme eines solchen Ansatzes. Er reduziert die Transparenz der Militärausgaben, weil die Anreize zunehmen, Ausgaben über Schattenhaushalte zu finanzieren oder eine unkontrollierbare Privatisierung der Gewalt voranzutreiben. Außerdem ist eine solche Deckelung ein weit stärkerer Eingriff in die Politik eines Empfängerlandes als die Anwendung von Haushaltsgrundsätzen auch im Bereich der Militärausgaben.
- Bilaterale Geber haben sich, mit Ausnahme Großbritanniens und, in Fällen enger Verbündeter die Vereinigten Staaten, bisher ebenfalls stark zurückgehalten, ihre Unterstützung für bessere Haushaltsführung in Entwicklungsländern auch auf den Bereich der Militärausgaben auszudehnen. Großbritannien hat, wie oben beschrieben, den Prozess einer umfassenden Haushaltsplanung im Rahmen der Erstellung eines "white papers" massiv unterstützt. Auch in Äthiopien hat Großbritannien den Bereich der Militärausgaben in seine breitere Unterstützung der Reform des Sicherheitssektors mit aufgenommen.  
Es gibt eine Reihe von Gründen warum sich die Geber im allgemeinen in diesem Bereich zurückgehalten haben. Neben ähnlichen Überlegungen, wie sie auch bei Weltbank und Internationalem Währungsfonds bestehen, liegen weitere

---

<sup>110</sup> Nicole Ball, *Transforming security sectors: the IMF and World Bank approaches*, *Conflict, Security and Development* 1:1, 2001, S. 45-66.

wichtige Gründe in der regelmäßig zu findenden Arbeitsteilung, und damit auch Kompetenzverteilung, zwischen verschiedenen Ministerien in den Geberländern. Ministerien für Entwicklungszusammenarbeit und Institutionen zur Implementierung von Entwicklungszusammenarbeit haben häufig relativ wenig Kontakt mit Verteidigungsministerien, insbesondere was deren Haushaltsplanung und -durchführung angeht.

Großbritannien hat nicht zuletzt deshalb eine Sonderrolle unter den Gebern, weil in das britische Ministerium für internationale Entwicklungszusammenarbeit (DFID) im Bereich von Konfliktprävention und -nachsorge, aber auch im Bereich von Sicherheitssektorreform und bei der verbesserten Umsetzung von Haushaltsgrundsätzen sowie bei Militärausgaben eng mit dem Verteidigungsministerium und den Außenministerium zusammenarbeitet. Unter anderem sind gemeinsame Expertenteams aufgestellt worden, die Beratung auf der Schnittstelle von Entwicklungszusammenarbeit und Militär leisten (*Defence Advisory Teams*). Diese enge Zusammenarbeit ist nicht nur ein Ergebnis eines allgemein geförderten „*whole-of-government*“-Ansatzes, sondern auch einer stärker strategisch-politisch ausgerichteten internationalen Politik Großbritanniens, der alle Ministerien zu dienen haben.

Für das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und die Durchführungsorganisationen der Entwicklungszusammenarbeit, die im Bereich des PEW tätig sind, stellt sich die Frage, ob ein eigener Einsatz für die verstärkte Einbeziehung von Militärausgaben sinnvoll ist.

Dies scheint aus folgenden Gründen gegeben:

- Budgethilfe wird vermutlich zunehmen, damit auch die Probleme, die sich aus nicht-transparenter Verwendung ergeben
- Deckelung der Militärausgaben ist keine Alternative zur stärkeren Einbeziehung von Militärausgaben in PEM. Auch andere Alternativen zu verbesserter Transparenz in den Einnahmen und Ausgaben und zur Verbesserung der nationalen Entscheidungsfindung über Militärausgaben sind nicht ersichtlich. Alle Versuche, objektive Kriterien für die „richtige“ oder „akzeptable“ Höhe von Militärausgaben zu entwickeln, sind bisher nicht zu einem befriedigenden Ergebnis gekommen.
- Die stärkere Einbeziehung von Militärausgaben in PEM ist vorrangig eine Aufgabe der bilateralen EZ. Das Mandat von

Weltbank und IWF wird bestenfalls marginal ausgeweitet werden. Andererseits haben Vertreter beider Organisationen, bis hin zu Weltbank-Präsident Wolfenson in seinem eingangs erwähnten Briefwechsel mit Ministerin Wieczorek-Zeul die technische Expertise ihrer Fachleute im Rahmen eines kooperativen Herangehens mit einzelnen oder einer Gruppe von bilateralen Gebern angeboten.

#### *Empfehlungen für die deutsche EZ*

Die deutsche EZ sollte allerdings nicht im Alleingang agieren, sondern in Zusammenarbeit mit anderen Gebern und Weltbank. Die bereits begonnene Zusammenarbeit mit einzelnen Ländern der Utstein-Gruppe ist vielversprechend, allerdings sind die Voraussetzungen in den Staaten sehr unterschiedlich – insbesondere Großbritannien hat eine Sonderstellung – so dass der Koordinierungsbedarf nicht unerheblich ist.

Grundvoraussetzung für eine verstärkte Einbeziehung von Militärausgaben in PEW ist die Einbeziehung der betroffenen Staaten. Die Voraussetzungen hierfür scheinen, wie oben erwähnt, in Uganda und Äthiopien, vermutlich auch in Kenia und Tansania, relativ gut. Allerdings wird auch in diesen Staaten ein politisches *commitment*, und möglicherweise auch eine Koppelung, z. B. mit der Budgethilfe, notwendig zu sein. Hierzu müsste das BMZ bereit sein.

Besonders relevant scheint die Ausweitung der Einbeziehung von Militärausgaben in PEW in Ländern, in denen die Militärausgaben ein Problem darstellen. Das ist in Uganda der Fall, wobei hier allerdings vermutlich die Militärausgaben angesichts der Bedrohungslage möglicherweise zu niedrig sind sowie in Burundi und Äthiopien, wo sie gegenwärtig sehr hoch sind. Die Militärausgaben in Kenia sind relativ niedrig, aber gerade in Kenia scheinen gute Möglichkeiten zu bestehen, diese durch verbesserte Haushaltsführung zu senken.

Sollte das BMZ bereit sein, sich für die verstärkte Einbeziehung von Militärausgaben in PEM einzusetzen und, in Zusammenarbeit mit anderen Gebern, eine Länderauswahl getroffen haben, ergeben sich drei Optionen für die praktische Umsetzung:

- Die deutsche Seite bietet Expertise in den Bereichen an, in denen sie in Durchführungsinstitutionen, insbesondere der KfW vorhanden sind, d. h. insbesondere im Bereich der Haushaltskontrolle und der Umsetzung allgemeiner Haushaltsgrundsätze in der Haushaltserstellung und -umsetzung. Spezielle militärische Expertise, wie sie für die

Haushaltsplanung und -erstellung notwendig ist, würde nicht angeboten. Diese müsste von anderen bilateralen Gebern, wie Großbritannien, kommen. Damit wäre eine umfassende Einbeziehung des gesamten Haushaltszyklus in PEW gegeben, allerdings hätte die deutsche Seite keinen Einfluss darauf, ob die Höhe und Zusammensetzung der Militärausgaben als sachgemäß eingestuft wird.

- Die deutsche Seite drängt darauf, PEW im Bereich der Militärausgaben auf Haushaltsimplementierung und -kontrolle zu begrenzen. Vorteile dieser Option sind, dass hierfür Expertise relativ leicht angeboten werden könnte, und auch die Akzeptanz in den Empfängerländern größer sein dürfte als bei einem umfassenderen Ansatz, in dem auch die Haushaltsplanung mit einbegriffen ist. Zwar würden Höhe und Zusammensetzung der Militärausgaben nicht auf dem Prüfstand stehen, aber angesichts der bestehenden Probleme wäre auch mit einem solchen Vorgehen in den Untersuchungsländern eine deutliche Verbesserung der Situation erreicht.
- Die notwendige Fachexpertise wird durch Zusammenarbeit mit dem Verteidigungsministerium – Modell Großbritannien – oder durch freie Gutachter, die in einschlägigen Verwendungen im Verteidigungsministerium gearbeitet haben, eingebracht. Damit könnte der gesamte Haushaltszyklus abgedeckt werden. Allerdings wäre wohl erheblicher Koordinationsaufwand aufzubringen.

Die Darstellung der drei Optionen macht deutlich, dass hier Entscheidungen von grundlegender Bedeutung zu treffen sind. Die Umsetzung der „kleinen Option“, die Analyse von Verteidigungsausgaben in einem Team, das auch die Weltbank und andere bilaterale Geber einschließt, und in dem die Expertise für den Verteidigungsbereich nicht aus Deutschland sondern aus einem anderen Land kommt, ist in allen Ländern außer Burundi momentan sinnvoll und möglich, mit Äthiopien und Uganda als Ländern in denen dies angesichts der Höhe der Militärausgaben am dringlichsten erscheint. Um allerdings darüber hinaus auch tieferen Einblick in die Effizienz und Effektivität der Militärausgaben zu gewinnen, auch im Vergleich zu Ausgaben in anderen Sektoren, müsste auch Kompetenz im Bereich der Militärausgaben mit eingebracht werden. Im Umkehrschluss könnte dann aber auch der Eindruck entstehen, die deutsche EZ würde Militärausgaben einer bestimmten Höhe für gut befinden. Die Probleme eines solchen Herangehens werden gegenwärtig am Fall Uganda sichtbar. Allerdings ist aus der Sicht der Gutachter

dieses Dilemma – Beteiligung an Kontrolle bedingt immer auch ein Stück Mitverantwortung – nicht auflösbar. Zumindest in den Fällen, in denen hohe Militärausgaben und Budget- und Programmfinanzierung in größerem Umfang zusammenkommen, scheint den Gutachtern kein Weg daran vorbei zu gehen, sich des bisher vernachlässigten Themas des PEM im Verteidigungsbereich verstärkt anzunehmen, wobei die „kleine“ Option ein erster Schritt sein könnte, dem man die „große“ Option folgen lassen könnte, wenn sich entsprechender Bedarf ergibt, etwa weil kein anderer bilateraler Geber entsprechende Expertise einzubringen bereit ist, oder das Fehlen eines eigenen Beitrages im engeren Verteidigungsbereich sich als problematisch erweist.

## Ausgewählte Literatur

- Nicole Ball and Michael Brzoska with Kees Kingma and Herbert Wulf, *Voice and accountability in the security sector*, BICC Paper 21, Bonn, 2002.
- Ball, Nicole und Malcolm Holmes, *Integrating Defense into Public Expenditure Work*. Paper commissioned by UK Department for International Development, January 11, 2001, <http://www.grc-exchange.org/docs/SS11.pdf>.
- Ball, Nicole, *Economy and Security in the Third World*, Princeton, 1988.
- Brzoska, Michael, World Military Expenditures, in Keith Hartley and Todd Sandler, *Handbook of Defense Economics*, Amsterdam, 1995.
- Department for International Development, "Annex 4: Discussion Paper 2. Supporting Security Sector Reform: Review of the Role of External Actors, *Security Sector Reform and the Management of Military Expenditure: High Risks for Donors, High Returns for Development*, Report on the Symposium on Security Sector Reform & Military Expenditure, February 15-17, 2000, London.
- Hendrickson, Dylan and Nicole Ball, "Off-Budget Military Expenditure and Revenue. Issues and Policy Perspectives for Donors," CSDG Occasional Papers #1, International Policy Institute, King's College London, January 2002.
- International Monetary Fund, *Code of Good Practices on Fiscal Transparency*, <http://www.imf.org/external/np/fad/trans/code.htm>.
- Omitoogun, Wuyi, *Military Expenditure Data in Africa: A Survey of Cameroon, Ethiopia, Ghana, Kenya, Nigeria and Uganda*, Oxford, 2003.
- Poverty Reduction and Economic Management Network, *Public Expenditure Management Handbook* Washington, DC: The World Bank, 1998, [www1.worldbank.org/publicsector/pe/English.htm](http://www1.worldbank.org/publicsector/pe/English.htm).

## Äthiopien

- Federal Republic of Ethiopia, *Poverty Reduction Strategy Paper, Annual Progress Report, December 2003. Ethiopia – Poverty Reduction Strategy Paper Annual Progress Report, Februar 2004, IMF Country Report No. 04/37*.

World Bank, *Ethiopia Country Financial Accountability Assessment, A collaborative Exercise by the Federal Government of Ethiopia and a Multi-Donor Task Team*, World Bank Report No. 26092-ET, 17 June 2003.

### Burundi

World Bank, *Technical Annex for a Proposed Grant to Republic of Burundi for an Emergency Demobilization, Reinsertion and Reintegration Program*, Washington, 24. February 2004.  
*Burundi – Interim Poverty Reduction Strategy Paper*, November 2003.

*Burundi – Selected Issues and Statistical Appendix*, February 2004.

International Crisis Group (ICG): *A Framework For Responsible Aid to Burundi*, Brussels, 21 February 2003,.

### Kenia

Albert K. Mwenda & Mary N. Gachocho, „Budget Transparency: Kenyan Perspective“, Institute of Economic Affairs (IEA), Research Paper Series No. 4, Nairobi, Oktober 2003.

Kenyan Ministry of Planning and National Development, *Kenya Public Expenditure Review 2003*, Nairobi 2003, <http://www.planning.go.ke/pdf/per.pdf>.

### Tansania

Government of Tanzania, *Poverty Reduction Strategy Paper*, Daressalam, 2000.

Government of Tanzania and World Bank, *Public Expenditure Review FY03*, Juni 2003.

Naschold Felix and Adrian Fozzard, “How, When and Why does Poverty get Budget Priority – Poverty Reduction Strategy and Public Expenditure in Tanzania: *Case Study 3*”, Overseas Development Institute (ODI), Working Paper 165, London, April 2002,.

### Uganda

World Bank, “The Budget and Medium-Term Expenditure Framework in Uganda”, Africa Region Working Paper Series No. 24, December 2001.

The Republic of Uganda Public Expenditure Review Report on the Progress and Challenges of Budget Reforms September 23, 2002 Poverty Reduction and Economic Management 2 Country Department for Uganda Africa Region .

## Tabellenanhang

### I. Äthiopien

Table 1: Militärausgaben Absolut (Angaben für Finanzjahre (2. Jahreszahl), in laufenden Preisen, falls nicht anders angegeben)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
SIPRI, Millionen Birr	1 740	1 121	667	[819]	813	754	803	1512	3263	5589	5 075	3 154	3 000
IMF, Millionen Birr	1956,5	1768,6	753,0	680,8	663,0	736,6	771,6	834,8	1934,1	4285,1	-	-	-
IDA, Millionen Birr	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	6842	3307	2 610
FNG, Millionen Birr	1741,1	-	681,2	-	888,5	736,7	771,6	834,8	2069,8	2872,1	2500,0	-	-
NBE, Millionen Birr	1841,1	1646,0	634	680,8	663,0	736,6	771,6	834,8	2089,5	-	-	-	-
CBS, Millionen Birr	1741,1	-	681,2	-	888,5	736,7	771,6	834,8	2089,5	2872,1	2500,0	-	-
SIPRI, Millionen US\$ (Konstant 2000)	840	399	215	[128]	118	99,4	112	205	431	685	618	418	386
WMEAT, Millionen US\$ (Konstant 1999)	489	381	146	129E	110	109	113	117	279	533	-	-	-
IISS, Millionen US\$	528	1217	-	119	120	119	127	134	372	444	670	575	442
BICC, Millionen US\$ (Konstant 1999)	-	-	-	-	230	200	200	230	250	700	600	600	-
CIA, Millionen US\$	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	800	-	-

#### Nachrichtlich:

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Birr pro US\$	54,650	61,583	63,517	67,093	71,159	79,423	82,173	84,575	85,678	85,997

IMF, IFS, Official exchange rates rf series

Tabelle 2: Militärausgaben als Anteil am BIP (WMEAT: BSP) in Prozent

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
PRSP	-	-	-	-	-	-	-	2,0	4,9	8,6	13,1	6,1	5,0
SIPRI	10,0	5,9	3,3	[2,9]	2,4	2,0	1,9	3,4	6,7	10,8	9,8	6,2	-
WMEAT	11,1	9,1	3,7	2,9 E	2,4	2,2	2,0	2,0	4,9	8,8	-	-	-
IISS	9,0	21,5	-	2,9	2,4	2,2	2,0	2,1	6,0	7,1	10,3	9,8	8,0
CIA	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	12,6	-	-

Tabelle 3: Militärausgaben in Relation zum Staatshaushalt (in Prozent)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
PRSP	-	-	-	-	-	-	-	8,3	19,5	28,1	38,9	21,5	14,8
WMEAT	39,8	39,6	20	15,1E	9,7	9,1	7,9	8,4E	19,5	29,1	-	-	-
UN	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
WB	-	-	-	-	-	9,2	-	7,9	-	29,1	-	43,0	-

Tabelle 4: Streitkräftestruktur (Quelle: IISS: Military Balance 2003-2004)

GESAMT Aktiv	Heer	Luftwaffe
162 500	160 000	2 500

Tabelle 5: Personalstärke der Streitkräfte, 1990 – 2002

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
WMEAT, in 1000	250	120	120	120	120	100	100	100	200	300	-	-	-
BICC, in 1000	-	-	-	-	120	120	120	120	200	325	350	251	-
WB, in 1000	-	-	-	-	-	120	-	100	-	300	-	-	-
IISS, in 1000	-	320	-	-	120	120	120	120	120	-	352,5	252,5	252,5
WB, % der gesamten nationalen Arbeitskraft	-	-	-	-	-	0,5	-	0,4	-	1,1	-	-	-
WMEAT, Soldaten pro auf 1000 Einwohner	5,2	2,4	2,4	2,3	2,3	1,8	1,8	1,8	3,3	4,8	-	-	-

Tabelle 6: Anzahl schwere Waffen

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
BICC	-	-	-	-	-	590	570	650	640	800	430	940	-

Tabelle 7: Rüstungsimporte

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
SIPRI	-	-	-	-	-	-	0	53	194	75	125	2	20
WMEAT, in Millionen US\$ (Konstant 1999)	496	93	0	6	0	11	10	0	162	270	-	-	-
WMEAT, % aller Importe	37,9	16,9	0	0,6	0	0,9	0,7	0	12,3E	20,5	-	-	-
WB, % aller Importe	-	-	-	-	-	0,0	-	0,0	-	20,5	-	-	-

Wichtige Rüstungsimporte:

Quelle	Lieferant	Art	Stückzahl	Bestelldatum	Lieferdatum
IISS	USA	C-130B Transportflugzeug	4	1995	1998
IISS	Russland	Mi-24 Kampfhubschrauber	4	1998	1998
IISS	Russland	Mi-17 Hubschrauber	8	1998	1998
IISS	Bulgarien	T-55 Kampfpanzer	140	1998	
IISS	Rumänien	Mig-21/23 Jagdflieger	10	1998	1999
IISS	Belarus	T-55 Kampfpanzer	40		1998
IISS	Russland	Su-27 Jagdflieger	9	1998	1998
IISS	Russland	Mig-29 Jagdflieger			2000
IISS	Russland	152mm Artilleriegeschütze	10	1999	1999

Quellen:

- BICC = Bonn International Center for Conversion: *Conversion Survey*, verschiedene Jahre; Angaben für Kalenderjahre  
 CBS = Ethiopian Central Bureau of Statistics: *Statistical Abstract*, verschiedene Jahre  
 CIA = Central Intelligence Agency: *The World Factbook* (2003)  
 FNG = *Federal Negarit Gazeta*, Addis Abeba / Äthiopien, verschiedene Jahre  
 IDA = Memorandum of the President of the International Development Association of the Executive Directors on a Country Assistance Strategy for the Federal Republic of Ethiopia, 24. März 2003  
 IISS = International Institute for Strategic Studies: *The Military Balance*, verschiedene Jahre  
 IMF = International Monetary Fund: *Government Finance Statistics Yearbook*, verschiedene Jahre  
 NBE = National Bank of Ethiopia: *Annual Report*, verschiedene Jahre

- PRSP = Zahlen für 2000-2002: Federal Republic of Ethiopia, *Poverty Reduction Strategy Paper, Annual Progress Report*, Dezember 2003; Zahlen für 1997-1999: Ethiopia Statistical Annex, IMF Country Report No. 02/214, September 2002
- SIPRI = Stockholm International Peace Research Institute: *SIPRI Yearbook*, verschiedene Jahre; Angaben für Kalenderjahre
- UN = United Nations Department of Economic and Social Affairs, Statistics Division: *Statistical Yearbook*, verschiedene Jahre
- WB = The World Bank: *World Development Indicators*, verschiedene Jahre
- WMEAT = US Department of State: *World Military Expenditures and Arms Transfers 1999-2000*; Angaben für Kalenderjahre
- E = Schätzung einschließlich Rüstungsimporte

## II. Burundi

Tabelle 1: Militärausgaben, absolute Höhe

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
SIPRI, Mill. Francs	-	-	-	8 805	10 589	10 517	15 408	21 800	26 300	28 500	30 500	44 200	44 200
IMF, Mill. Francs	-	7 760	8 121	8 805	10 589	10 517	15 408	21 100	23 325	24 564	-	-	-
SIPRI, Millionen US\$ (konstant 2000)	-	-	-	40,1	42,0	35,0	40,5	43,7	46,9	49,2	42,3	56,1	56,9
WMEAT, Millionen US\$ (Konstant 1999)	29	32	32	32	36	33	39	43	48	49	-	-	-
IISS, Millionen US\$	-	28	29	26	33	46	52	85	79	69	42	35	38
BICC, Millionen US\$ (konstant 1999)	-	-	-	-	-	60	50	50	60	60	50	50	-
CIA, Millionen US\$	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	42,13

### Nachrichtlich:

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Burundi Franc pro US\$	252,66	249,76	302,75	352,35	447,77	563,56	720,67	830,35	930,75	1082,62

IMF, IFS, Official exchange rates rf series

Tabelle 2: Militärausgaben als Anteil am BIP (WMEAT: BSP) in Prozent

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
SIPRI	3,4	3,8	3,6	3,7	3,9	4,2	5,8	6,4	6,6	6,3	6	8,1	-
WMEAT	3,5	3,7	3,6	3,9	4,6	4,5	5,7	6,3	6,8	7	-	-	-
IISS	-	-	-	2,6	3	5,3	4,1	8,1	7,2	6,1	5,9	5,5	-
IMF 2004	-	-	-	-	-	-	-	-	14,2	12,5	11,1	10,3	9,7

Tabelle 3: Militärausgaben in Relation zum Staatshaushalt (in Prozent)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
WMEAT	12,7E	12,3	10,5	11,9	16,3	14,5	20,6	27,0	26,7	26,7	-	-	-
UN	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
WB	-	-	-	-	-	24,8	-	25,8	-	26,7	-	27,1	-

Tabelle 4: Streitkräftestruktur (Quelle: IISS: *Military Balance 2003-2004*)

Heer	Paramilitärische Kräfte (inklusive Gendarmerie)	Local Defence Militia
45 000	6 500	30 000

Tabelle 5: Personalstärke der Streitkräfte, 1990 – 2002

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
WMEAT, in 1000	12	12	13	13	17	22	25	35	35	40	-	-	-
BICC, in 1000	-	-	-	-	13	15	22	22	35	46	46	46	-
WB, in 1000	-	-	-	-	-	22	-	35	-	40	-	-	-
IISS, in 1000	-	7,2	-	-	10,5	12,6	18,5	18,5	40,0	40,0	40,0	45,5	45,5
WB, % der gesamten nationalen Arbeitskraft	-	-	-	-	-	0,7	-	1,0	-	1,1	-	-	-
WMEAT, Soldaten auf 1000 Einwohner	2,1	2,2	2,4	2,3	3,0	4,1	4,7	6,5	6,2	6,8	-	-	-

Tabelle 6: Anzahl schwere Waffen

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
BICC	-	-	-	-	-	70	60	60	120	150	150	150	-

Tabelle 7: Rüstungsimporte

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
WMEAT, in Millionen US\$ (Konstant 1999)	6	12	0	6	11	0	5	21	10	0	-	-	-
WMEAT, % aller Importe	2,2	3,9	0	2,6	4,4	0	3,9	16,5	6,3	0	-	-	-
WB, % aller Importe	-	-	-	-	-	0,0	-	16,5	-	0,0	-	-	-

Wichtige Rüstungsimporte:

Quelle	Lieferant	Art	Stückzahl	Bestelldatum	Lieferdatum
IISS	Südafrika	Gepanzertes Fahrzeug RG-31	12	1997	1998

Quellen:

BICC = Bonn International Center for Conversion: *Conversion Survey*, verschiedene Jahre; Angaben für Kalenderjahre

CIA = Central Intelligence Agency: *The World Factbook* (2003)

- IISS = International Institute for Strategic Studies: *The Military Balance*, verschiedene Jahre
- IMF = International Monetary Fund: *Government Finance Statistics Yearbook*, verschiedene Jahre
- PRSP = Zahlen für 2000-2002: Federal Republic of Ethiopia, *Poverty Reduction Strategy Paper, Annual Progress Report*, Dezember 2003; Zahlen für 1997-1999: Ethiopia Statistical Annex, IMF Country Report No. 02/214, September 2002
- SIPRI = Stockholm International Peace Research Institute: *SIPRI Yearbook*, verschiedene Jahre; Angaben für Kalenderjahre
- UN = United Nations Department of Economic and Social Affairs, Statistics Division: *Statistical Yearbook*, verschiedene Jahre
- WB = The World Bank: *World Development Indicators*, verschiedene Jahre
- WMEAT = US Department of State: *World Military Expenditures and Arms Transfers 1999-2000*; Angaben für Kalenderjahre
- E = Schätzung einschließlich Rüstungsimporte

### III. Kenia

Tabelle 1: Militärausgaben, absolute Höhe

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
SIPRI, Millionen KES	5240	4890	4290	6131	6577	7668	9756	10327	10381	10503	12347	14948E	15835E
IMF, Millionen KES	5385	5910	4648	5406	6856	6297	9039	10472	10132	-	-	-	-
KMFP, Millionen KES	5385,2	6004,2	4647,6	5406,2	6855,8	6297,2	9039	10471,8	10182,2	10579,6	11427,2	14266,1	-
SIPRI, Millionen US\$ (konstant 2000)	229	178	121	149	124	143	167	159	150	146	162	195E	202E
WMEAT, Millionen US\$ (konstant 1999)	248	244	261	251	179	186E	197	200	176	200E	-	-	-
IISS, Millionen US\$	283	215	230E	179	187E	206	216	269	309	327	307	306	348
BICC, Millionen US\$ (konstant 1999)	-	-	-	-	150	180	160	150	180	260	350	420	-
CIA, Millionen US\$	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	185,2

#### Nachrichtlich:

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
KES pro US \$	56,051	51,430	57,115	58,732	60,367	70,326	76,176	78,563	78,749	75,936

IMF, IFS, Official exchange rates rf series

Tabelle 2: Militärausgaben als Anteil am BIP (WMEAT: BSP) in Prozent

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
SIPRI				1,8	1,6	1,6	1,8	1,7	1,5	1,4	1,6	1,8E	-
WMEAT	2,9	2,8	3,0	3,0	2,0	2,0E	2,0	2,0	1,7	1,9E	-	-	-
IISS	3,5	-	-	2,2	2,2	2,3	2,2	2,7	3,1	3,1	2,9	3,1	3,2
CIA	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,8

Tabelle 3: Militärausgaben in Relation zum Staatshaushalt (in Prozent)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
WMEAT	9,8	9,0	11,5	9,0	5,9	6,7E	6,7	7,2	5,9	7,1E	-	-	-
UN		12,3	10,8	11,8	11,1	10,6	-	-	10,8	10,4	9,6	-	-
WB	-	-	7,9	-	-	6,2	-	7,2	-	7,1	-	5,8	-

Tabelle 4: Streitkräftestruktur (Quelle: IISS: Military Balance 2003-2004)

GESAMT	Heer	Marine	Luftwaffe	(Paramilitär)
24 120	20 000	1 620	2 500	5 000

Tabelle 5: Personalstärke der Streitkräfte, 1990 – 2002

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
WMEAT, in 1000	20	20	24	24	22	22	24	24	25	24	-	-	-
BICC, in 1000	-	-	-	-	24	24	24	24	24	24	22	24	-
WB, in 1000	-	-	-	-	-	22	-	24	-	24	-	-	-
IISS, in 1000	-	23,6	-	-	24,2	24,2	24,2	24,2	24,2	-	22,2	24,4	24,4
WB, % der gesamten nationalen Arbeitskraft	-	-	0,2	-	-	0,2	-	0,2	-	0,4	-	-	-
WMEAT, % auf 1000 Einwohner	0,8	0,8	0,9	0,9	0,8	0,8	0,9	0,9	0,9	0,8	-	-	-

Tabelle 6: Anzahl schwere Waffen

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
BICC	-	-	-	-	-	340	240	250	250	250	250	250	-

Tabelle 7: Rüstungsimporte

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
WMEAT, in Millionen US\$ (Konstant 1999)	85	23	23	11	11	11	21	41	10	5	-	-	-
WMEAT, % aller Importe	3,3	1,0	1,1	0,6	0,5	0,3	0,7	1,2	0,3	0,2	-	-	-
WB, % aller Importe	-	-	1,2	-	-	0,3	-	1,2	-	0,2	-	-	-

Wichtige Rüstungsimporte:

Quelle	Lieferant	Art	Stückzahl	Bestelldatum	Lieferdatum
IISS	Frankreich	LACV gepanzerte Fahrzeuge	4	1997	1998
SIPRI	China	Y-12 Transportflugzeuge	6	1996	1997
SIPRI	Spanien	Galana Klasse, Landungsboote	2	1994	1994

Quellen:

- BICC = Bonn International Center for Conversion: *Conversion Survey*, verschiedene Jahre; Angaben für Kalenderjahre
- CIA = Central Intelligence Agency: *The World Factbook* (2003)
- IISS = International Institute for Strategic Studies: *The Military Balance*, verschiedene Jahre
- IMF = International Monetary Fund: *Government Finance Statistics Yearbook*, verschiedene Jahre
- KMFP = Kenyan Ministry of Finance and Planning: *Statistical Abstract und Economic Survey*, verschiedene Jahre
- SIPRI = Stockholm International Peace Research Institute: *SIPRI Yearbook*, verschiedene Jahre; Angaben für Kalenderjahre
- UN = United Nations Department of Economic and Social Affairs, Statistics Division: *Statistical Yearbook*, verschiedene Jahre
- WB = The World Bank: *World Development Indicators*, verschiedene Jahre
- WMEAT = US Department of State: *World Military Expenditures and Arms Transfers 1999-2000*; Angaben für Kalenderjahre
- E = Schätzung einschließlich Rüstungsimporte

#### IV. Tansania

Tabelle 1: Militärausgaben, absolute Höhe

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
SIPRI, Millionen TZS	12 196	16 139	-	21 300	26 700	44 000	52 800	61 200	(70 000)	(86 500)	-	-	-
PER, Millionen TZS	-	-	-	-	-	-	-	63 500	66 700	-	78 500	89 200	99 700
SIPRI, Millionen US\$ (konstant 2000)	63	64	-	82,4	77,4	99,5	98,7	98,6	(99,9)	(114)	-	-	-
WMEAT, Millionen US\$ (Konstant 1999)	100	103	133	103	-	88	107	91	101	122	-	-	-
IISS, Millionen US\$	-	-	-	90	90	87	114	123	140	141	144	139	127
BICC, Millionen US\$ (konstant 1999)	-	-	-	-	90	60	60	60	90	80	145	150	-
CIA, Millionen US\$	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	19,68

#### Nachrichtlich:

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
TZS pro US \$	509,63	574,76	579,98	612,12	664,67	744,76	800,41	876,41	966,58	1038,42

IMF, IFS, Official exchange rates rf series

Tabelle 2: Militärausgaben als Anteil am BIP (WMEAT: BSP) in Prozent

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
SIPRI	1,6	1,7	-	1,2	1,2	1,5	1,4	1,3	(1,3)	(1,3)	-	-	-
WMEAT	1,5	1,5	2,0	1,5	-	1,2	1,4	1,2	1,2	1,4	-	-	-
IISS	-	-	-	3,2	2,9	2,7	3,3	3,4	3,7	1,7	1,6	1,5	1,5
CIA	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,2

Tabelle 3: Militärausgaben in Relation zum Staatshaushalt (in Prozent)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
WMEAT	8,7	7,8	10,0	8,3	-	7,4	8,7	8,4	9,0	10,1	-	-	-
UN													
WB	-	-	-	-	-	8,4	-	10,7	-	10,1	-	k.A.	-

Tabelle 4: Streitkräftestruktur (Quelle: IISS: Military Balance 2003-2004)

GESAMT Aktiv	Heer	Marine	Luftwaffe	Paramilitär	Reservisten
27 000	23 000	1 000	3 000	1 400	80 000

Tabelle 5: Personalstärke der Streitkräfte, 1990 – 2002

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
WMEAT, in 1000	40	40	46	46	50	50	50	35	35	35	-	-	-
BICC, in 1000	-	-	-	-	46	35	35	35	34	34	34	24	
WB, in 1000	-	-	-	-	-	35	-	35	-	35	-	-	-
IISS, in 1000	-	-	-	-	49,6	34,6	34,6	34,6	34,0	34,0	34,0	27,0	27,0
WB, % der gesamten nationalen Arbeitskraft	-	-	-	-	-	0,2	-	0,2	-	0,2	-	-	-
WMEAT, Soldaten auf 1000 Einwohner	1,6	1,6	1,8	1,7	1,8	1,7	1,7	1,2	1,0	1,0	-	-	-

Tabelle 6: Anzahl schwere Waffen

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
BICC	-	-	-	-	-	630	640	620	510	510	510	390	-

Tabelle 7: Rüstungsimporte

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
WMEAT, in Millionen US\$ (Konstant 1999)	36	12	6	6	11	0	10	21	0	5	-	-	-
WMEAT, % aller Importe	2,9	0,6	0,3	0,3	0,7	0	0,7	1,5	0	0,3	-	-	-
WB, % aller Importe	-	-	-	-	-	0,0	-	1,5	-	0,3	-	-	-

Wichtige Rüstungsimporte:

Quelle	Lieferant	Art	Stückzahl	Bestelldatum	Lieferdatum
IISS	Südafrika	Hubschrauber SA-316	4	1998	1998
SIPRI	China	Transportflugzeug Y-12	2	1994	1994

Quellen:

- BICC = Bonn International Center for Conversion: *Conversion Survey*, verschiedene Jahre; Angaben für Kalenderjahre
- CIA = Central Intelligence Agency: *The World Factbook* (2003)
- IISS = International Institute for Strategic Studies: *The Military Balance*, verschiedene Jahre
- IMF = International Monetary Fund: *Government Finance Statistics Yearbook*, verschiedene Jahre
- PER = Government of Tanzania, *Public Expenditure Review 2003*
- SIPRI = Stockholm International Peace Research Institute: *SIPRI Yearbook*, verschiedene Jahre; Angaben für Kalenderjahre
- UN = United Nations Department of Economic and Social Affairs, Statistics Division: *Statistical Yearbook*, verschiedene Jahre
- WB = The World Bank: *World Development Indicators*, verschiedene Jahre
- WMEAT = US Department of State: *World Military Expenditures and Arms Transfers 1999-2000*; Angaben für Kalenderjahre

## V. Uganda

Tabelle 1: Militärausgaben, absolute Höhe

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
SIPRI, Milliarden UGX	37,5	50,0	60,8	69,8	95,8	118	135	139	181	212	203	214	255
IMF, Milliarden UGX	-	-	-	-	-	-	-	-	-	203,1	191,0	208,5	-
MFP, Milliarden UGX	38,94	56,91	56,15	59,69	79,91	111,61	124,34	152,8	149,61	234,17	230,52	-	-
SIPRI, Millionen US\$ (konstant 2000)	87	91	73	63,4	79,3	89,9	96,1	92,1	120	133	123	127	152
WMEAT, Millionen US\$ (konstant 1999)	109	108	83	73	76	76	114	128	130	140	-	-	-
IISS, Millionen US\$	67	70	86,8	54	80	126	156	166	221	199	135	194	158
BICC, Millionen US\$ (konstant 1999)	-	-	-	-	80	60	120	180	160	160	210	190	-
CIA, Millionen US\$	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	124,7

### Nachrichtlich:

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
UGX pro US\$	979,4	968,9	1046,1	1083,0	1240,3	1454,8	1644,5	1755,7	1797,6	1963,7

IMF, IFS, Official exchange rates rf series

Tabelle 2: Militärausgaben als Anteil am BIP (WMEAT: BSP) in Prozent)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
SIPRI				1,7	1,9	2,0	2,0	1,9	2,3	2,5	2,2	2,1	-
WMEAT	3,4	3,2	2,4	1,9	1,9	1,7	2,3	2,4	2,3	2,3	-	-	-
IISS	2,1	2,2		1,6	1,8	2,1	2,4	2,4	3,1	2,5	2,3	3,4	2,7
CIA	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2,1

Tabelle 3: Militärausgaben in Relation zum Staatshaushalt (in Prozent)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
WMEAT	25,9	21,3	11,7	10,0	9,5	9,6	13,1	13,2	14,7	13,9	-	-	-
UN													
WB	-	-	-	-	-	13,3	-	23,9	-	13,9	-	10,1	-

Tabelle 4: Streitkräftestruktur (Quelle: IISS: Military Balance 2003-2004)

Uganda People's Defence Force	Paramilitärische Kräfte	Local Defence Units
60 000	1 800	15 000

Tabelle 5: Personalstärke der Streitkräfte, 1990 – 2002

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
WMEAT, in 1000	60	60	70	70	60	51	50	50	50	50	-	-	-
BICC, in 1000	-	-	-	-	48	48	50	50	40	40	50	50	-
WB, in 1000	-	-	70	-	-	52	-	50	-	50	-	-	-
IISS, in 1000		70			50	50	50	55	40		50	55	55
WB, % der gesamten nationalen Arbeitskraft	-	-	0,8	-	-	0,5	-	0,5	-	0,5	-	-	-
WMEAT, % auf 1000 Einwohner	3,5	3,4	3,8	3,7	3,0	2,5	2,4	2,3	2,3	2,2	-	-	-

Tabelle 6: Anzahl schwere Waffen

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
BICC	-	-	-	-	-	90	90	150	140	160	250	290	-

Tabelle 7: Rüstungsimporte

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
WMEAT, in Millionen US\$ (Konstant 1999)	36	23	11	0	0	21	42	31	61	30	-	-	-
WMEAT, % aller Importe	14,1	10,2	2,0	0	0	1,9	3,4	2,3	4,2	2,2	-	-	-
WB, % aller Importe	-	-	2,0	-	-	0,0	-	2,3	-	2,2	-	-	-

Wichtige Rüstungsimporte:

Quelle	Lieferant	Art	Stückzahl	Bestelldatum	Lieferdatum
IISS	Russland	MiG-21/23 Jagdflieger	28	1998	1998
IISS	Bulgarien	T-54 Kampfpanzer	90	1998	1998
IISS	Südafrika	Minenräumfahrzeug <i>Chubby</i>	1	1998	1998
IISS	Polen	MiG-21 Jagdflieger	7	1999	1999
IISS	Belarus	T-55 Kampfpanzer	10		2000

Quellen:

- BICC = Bonn International Center for Conversion: *Conversion Survey*, verschiedene Jahre; Angaben für Kalenderjahre
- CIA = Central Intelligence Agency: *The World Factbook* (2003)
- IISS = International Institute for Strategic Studies: *The Military Balance*, verschiedene Jahre
- IMF = International Monetary Fund: *Government Finance Statistics Yearbook*, verschiedene Jahre
- MFP = Ministry of Finance and Planning
- SIPRI = Stockholm International Peace Research Institute: *SIPRI Yearbook*, verschiedene Jahre; Angaben für Kalenderjahre
- UN = United Nations Department of Economic and Social Affairs, Statistics Division: *Statistical Yearbook*, verschiedene Jahre
- WB = The World Bank: *World Development Indicators*, verschiedene Jahre
- WMEAT = US Department of State: *World Military Expenditures and Arms Transfers 1999-2000*; Angaben für Kalenderjahre

## VI: Streitkräfte und Militärausgaben in Afrika, 2002

### Streitkräfte (in 1000), 2002

Ägypten	427,0	<i>Tansania</i>	<i>27,0</i>	Mali	7,4
<i>Äthiopien</i>	<i>252,5</i>	<i>Kenia</i>	<i>24,4</i>	Ghana	7,0
Marokko	196,3	Kamerun	23,1	Mosambik	6,0
Eritrea	172,2	Sambia	21,6	Malawi	5,3
Algerien	136,7	Elfenbeinküste	17,1	Niger	5,3
Sudan	117,0	Mauretanien	15,8	Gabun	4,7
Angola	100,0	Madagaskar	13,5	Benin	4,6
Nigeria	78,5	Liberia	12,0	Swaziland	3,0
Libyen	67,5	Burkina Faso	10,2	CAR	2,6
Ruanda	60,0	Kongo	10,0	Lesotho	2,0
Süd Afrika	60,0	Djibouti	9,9	Äquatorial Guinea	1,3
<i>Uganda</i>	<i>55,0</i>	Guinea	9,7	Cap Verde	1,2
<i>Burundi</i>	<i>45,5</i>	Senegal	9,4	Mauritius	1,0
DR Kongo (Zaire)	40,0	Togo	9,4	Sao Tome & Principe	1,0
Zimbabwe	36,0	Guinea-Bissau	9,3	Gambia	0,8
Tunesien	35,0	Botswana	9,0		
Tschad	30,4	Namibia	9,0		

Quelle: BICC, Conversion Survey 2004

*Militärausgaben (in Mio US\$, Preise von 1999), 2002*

Ägypten	2612	<i>Tansania</i>	120	CAR	25
Süd Afrika	2463	Mosambik	104	Niger	25
Algerien	2300	Namibia	100	Togo	24
Libyen	1500	Gabun	100	Djibouti	22
Marokko	1500	Ruanda	85	Swaziland	22
Angola	800	Kongo	80	Benin	21
Nigeria	773	Elfenbeinküste	80	Mauretanien	21
Sudan	580	Senegal	74	Sambia	20
<i>Kenia</i>	<i>408</i>	Guinea	60	Sierra Leone	17
<i>Äthiopien</i>	<i>388</i>	<i>Burundi</i>	<i>54</i>	Mauritius	16
Tunesien	370	Mali	53	Malawi	13
Botswana	273	Madagaskar	50	Seychellen	10
Eritrea	200	Burkina Faso	49	Guinea-Bissau	7
<i>Uganda</i>	<i>192</i>	Ghana	40	Äquatorial Guinea	5
Zimbabwe	179	Tschad	30	Gambia	5
Kamerun	158	Lesotho	27	Cap Verde	4

Quelle: BICC, Conversion Survey 2004

## VII: Regionaler Vergleich

Tabelle 1: Militärausgaben als Prozent des BIP (Daten nach SIPRI)

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Äthiopien	[2,9]	2,4	2,0	1,9	3,4	6,7	10,8	9,8	6,2
Burundi	3,7	3,9	4,2	5,8	6,4	6,6	6,3	6,0	8,1
Uganda	1,7	1,9	2,0	2,0	1,9	2,3	2,5	2,2	2,1
Kenia	1,8	1,6	1,6	1,8	1,7	1,5	1,4	1,6	1,8E
Tansania	1,2	1,2	1,5	1,4	1,3	(1,3)	(1,3)	-	-

Tabelle 2: Soldaten auf 1000 Einwohner (Daten nach WMEAT)

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Äthiopien	2,3	2,3	1,8	1,8	1,8	3,3	4,8
Burundi	2,3	3,0	4,1	4,7	6,5	6,2	6,8
Uganda	3,7	3,0	2,5	2,4	2,3	2,3	2,2
Kenia	0,9	0,8	0,8	0,9	0,9	0,9	0,8
Tansania	1,7	1,8	1,7	1,7	1,2	1,0	1,0

Schaubild 1: Militärausgaben pro Soldat

